



Friedrich Riebel:

Innovation in Produkte umsetzen

Als „Unikat im Technologiepark Oberpfaffenhofen“ lobte der Bauunternehmer das neu eröffnete High-Tech-Center „GE01“ am Argelsrieder Feld. **Seite 5**



Monika Hohlmeier:

Auch Ganztagschulen werden gefördert

Im Landtag kündigte die Kultusministerin ab dem Schuljahr 2004 ein neues Bewertungssystem für die Leistungen der Grundschüler an. **Seite 2**



Petra Meier to Bernd-Seidl:

Heimatkultur im Wandel der Zeit

Beim Heimattag in Lindau berichtete die Rathauschefin über die Nöte, in der „Sturm- und Drang-Zeit“ modernen Bauens das Stadtbild zu bewahren. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geiersried, den 10. Juli 2003

54. Jahrgang / Nummer 14



Gerhard Weber, Maximilian Gaul, Minister Eberhard Sinner und KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun (v. l.)

KPV-Hauptausschuss-Sitzung:

Der Bürger im Mittelpunkt

Mit kommunalpolitischen Aspekten der bayerischen Verbraucherschutzpolitik sowie den bevorstehenden Bezirks- und Landtagswahlen beschäftigte sich dezidiert der Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) im Münchner Franz Josef Strauß-Haus. Unter dem Vorsitz von Landrat Luitpold Braun standen Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner und CSU-Generalsekretär Dr. Thomas Goppel Rede und Antwort.

Wie Minister Sinner zunächst betonte, sei es Aufgabe und Ziel seines Ministeriums, für vorbeugenden Verbraucher- und Ge-

sundheitsschutz zu sorgen - auch und gerade direkt bei und für den Bürger vor Ort und damit auch direkt bei der Kommune. Als wichtiges Glied in der Kette fungierten dabei Landräte und (Ober-)Bürgermeister in ihrer Eigenschaft als oberste Verbraucherschützer im Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt.

Dialog und Zusammenarbeit

Sinner plädierte in diesem Zusammenhang für ein Mehr an Dialog und Zusammenarbeit aller Betroffenen. Bayerische Verbraucherschutzpolitik stellt sich laut Sinner als transparent, wissenschaftsbasiert, lobbyfest, bürgernah und effizient dar. Sie sei (Fortsetzung auf Seite 4)



„Auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten steht das Karussell in einem Rathaus“, meint die Vorzimmerperle. Amüsiert hatte der Bürgermeister ihrem Bericht über die fragwürdigen Aktivitäten von Stadträtin Fanny Bacher gelauscht, die den Bürgermeister ein ums andere Mal vertreten wollte. **S. 11**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Zum Bayerischen Städtetag in Bad Windsheim:

Kommunen vor dem Kollaps

Von Oberbürgermeister Josef Deimer, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags

Die Städte und Gemeinden befinden sich in der größten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Eine Krise, die an die Substanz geht. Die ersten Verfallerscheinungen treten bereits offen zu Tage.

Straßen können nicht mehr repariert werden, Schulhäuser werden zunehmend schmutziger, weil das Geld für den Maler fehlt, Bibliotheken müssen zugesperrt und Hallenbäder verkauft werden. Zuschüsse für ehrenamtliches Engagement im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich müssen massiv gekürzt werden, mit der Gefahr, dass wertvolle Grundstrukturen in der Stadtgesellschaft verloren gehen. Denn wenn sich ge-

meinnützige Organisationen und ehrenamtlich geführte Vereine mangels finanzieller öffentlicher Unterstützung einmal aufgelöst haben, wird es schwer sein, sie wieder zu beleben.

Fehlende wirtschaftliche Basis

Das ist allerdings erst das Anfangsszenario, das sich bis zur Verslumung unserer bislang blühenden Städte und Gemein-



Vor der prächtigen Kulisse des Aschaffener Schlosses stellte sich das Präsidium des Verbands der bayerischen Bezirke den Fotografen (v.l.): Fritz Körber, Verbandspräsident Dr. Georg Simnacher aus Schwaben, der oberfränkische Bezirkspräsident Edgar Sitzmann, sowie das Geschäftsführende Präsidialmitglied Dieter Draff. Foto: Wolfgang Englmaier

Resolution der bayerischen Bezirke:

Mehr Heimat statt Heim

Wie Menschen mit Behinderung ihr Leben in der Gesellschaft erfahren, welche Angebote und Hilfen ihnen zur Verfügung stehen und welche Chancen es gibt, Integration auf diesem sozial wie zwischenmenschlich wichtigen Feld weiter voran zu bringen, diskutierte die Jahresversammlung des Verbandes der bayerischen Bezirke in Aschaffenburg. Thema der Veranstaltung: „Blickpunkt Mensch - Integration von Menschen mit Behinderung als gesamtgesellschaftliche Herausforderung“.

Eben diesen Titel trug auch eine Resolution, die der Verband einstimmig verabschiedete. Verbandspräsident Dr. Georg Simnacher plädierte in diesem Zusammenhang für einen Wandel in den grundlegenden Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderungen. Noch zu wenig sei die Dimension dieser Thematik in der Gesellschaft verankert.

Gigantische Ausgaben

Die Leistungen der Eingliederungshilfe durch die Sozialhilfeträger machten bundesweit mittlerweile 40 Prozent aller Rehabilitationsleistungen aus. Damit sei die Sozialhilfe der bei weitem größte Rehaträger im Bundesgebiet. Die von den sie-

ben bayerischen Bezirken als überörtliche Träger aufzubringenden Ausgaben für die Sozialhilfe erhöhten sich Simnacher zufolge im Jahre 2001 auf 2,18 Mrd. Euro und damit auf 78 Prozent des Gesamtsozialhilfenaufkommens in Bayern. Seit 1990 bis 2001 seien die Ausgaben der Eingliederungshilfe von 486 Mio. Euro auf 1,32 Mrd. Euro und damit um 272 Prozent gestiegen.

Als Vertreter der Interessen behinderter Menschen müssten die Bezirke bei allen Sparnotwendigkeiten überlegen, wie die Situation in den Heimen, die Versorgung und Pflege strukturell verbessert werden können, fuhr der Präsident fort. Dazu sei (Fortsetzung auf Seite 4)



60 Jahre jung geblieben ist Landesmutter Karin Stoiber. Am vergangenen Sonntag feierte sie im Kreise ihrer Familie, der Freunde und Verwandten Geburtstag. Die First Lady des Freistaats genießt in der bayerischen Bevölkerung sehr hohes Ansehen; für viele ist sie im wahrsten Sinn des Wortes „die bessere Hälfte“ von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. Die Repräsentationspflichtungen, die das Amt ihres Mannes ihr abfordert, erledigt sie perfekt - mit dem ihr eigenen Charme. Die Bayerische Gemeindezeitung gratuliert herzlich! Unsere Aufnahme entstand bei der Präsentation des Netzwerks „Unser Land“ in ihrer Heimatstadt Wolfratshausen, mit dem regional erzeugte Produkte vermarktet werden.

den steigern kann, wenn den Kommunen weiter die wirtschaftliche Basis entzogen wird. Die Gründe für diese erschreckende Entwicklung liegen - holzschnittartig skizziert - einmal in der konjunkturellen Schiefelage und in einer verfehlten Steuerpolitik. Zum anderen werden den Kommunen nach wie vor neue Aufgaben überbürdet, ohne dass sie die entsprechenden Gelder dafür bekommen. Stichworte: Grundsicherung und Nachmittagsbetreuung der Schüler.

Die logische Folge ist, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben Jahr für Jahr weiter auseinander geht. Bundesweit rechnen die Städte und Gemeinden damit, dass ihnen in diesem Jahr rund 10 Milliarden Euro in den Kassen fehlen. In Bayern wird mit einem Rekorddefizit von 1,3 Milliarden Euro gerechnet. Viele der bayerischen Städte und Gemeinden können ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Einige sind (Fortsetzung auf Seite 4)



Glücklich über seinen ersten Preis bei der GZ-Zukunftswerkstatt in Garching zeigte sich Josef Kasperbauer (2. v. l.) aus Geiersried. Er darf auf einem BMW-Motorrad mit dem Veranstalter Münchner Freiheit Motorradreisen drei Tage durch die Alpen cruisen. Mit ihm freuten sich (v. r.): Hermine Weil vom Reiseveranstalter Münchner Freiheit, Prof. Klaus Jamin und GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel. Wie bereits die Jahre zuvor stieß auch die diesjährige Veranstaltung auf große Resonanz. Eine Dokumentation über die „Virtuelle Behörde 2003“ veröffentlichen wir in GZ 19 und im Internet.

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | |
|--|---------|
| | Seite |
| Kommunale Finanzreform bleibt umstritten | 2 |
| Änderung des Bestattungsgesetzes vertagt | 2 |
| 5. Bürgermeistertag der SPD | |
| Kommunalprogramm der Landtags-Grünen | 3 |
| GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Anreize für Vermieter verbessern | 3 |
| Preisverleihung „Innovative Verwaltung 2003“ | 3 |
| GZ-Fachthemen: Kommunale Baupolitik | 5 - 7 |
| Kommunalfahrzeuge, Garten- und Landschaftsbau | 8/9 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 10 - 12 |

Kultusministerin Monika Hohlmeier:

Auch Ganztagschulen werden gefördert

Neuer „Baustein der Bildungsoffensive“ - Noten ab der 2. Klasse

Als neuen „Baustein“ der bayerischen Bildungsoffensive hat Kultusministerin Monika Hohlmeier im Landtag ein neues Bewertungssystem für die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in der Grundschule angekündigt, das nach neuer laufender Versuchen ab dem Schuljahr 2004 allgemein eingeführt werden soll. Kindern und Eltern wird besserer Aufschluss über die Leistungen zuteil, die Lehrer bekommen klarere Maßstäbe und die Schulen mehr Eigenverantwortung. Für die Kommunen ist von Bedeutung, dass zwar die Ganztagsbetreuung, bei der sie Hauptlastträger sind, Grundsatz bayerischer Schulpolitik bleibt, aber staatliche Ganztagschulen nach Wunsch und Bedarf eingerichtet werden können.

Schulpolitisch hat die Ministerin in einer Regierungserklärung als wesentliche Neuerungen genannt: Ab der 2. Klasse gibt es wieder Schulnoten in Deutsch und Mathematik, aber erläutert durch differenzierte Bewertungen der einzelnen Leistungen, dazu Hinweise auf die Sozial-, Lern- und Arbeitskompetenz. Im Einzelnen können die Schulen unter verschiedenen Modifikationen der Beurteilung selber wählen. An den Fachoberschulen wird ein 13. Schuljahr eingeführt, dessen erfolgreicher Abschluss die Möglichkeit öffnet, in nur einem weiteren Jahr die Hochschulreife zu erwerben. Es werden also drei Hauptwege zur allgemeinen Hochschulreife führen: Über das Gymnasium, über die Berufsbildung mit Berufsausbildung und neu über die Fachoberschule.

Finanzielle Grundlagen entzogen

Nicht zuletzt die internationalen Vergleichstests PISA und IGLU hätten bewiesen, führte Frau Hohlmeier aus, „dass die bayerischen Schulen auf dem richtigen Weg in die Zukunft sind“. Jede Schule könne anhand ihrer Situation in eigener Verantwortung entscheiden, wie sie vorgeht und in welcher Zeit sie die gestellten Aufgaben bewältigt. „Ganz im Gegensatz zum politischen Handeln der SPD,

die mit ihrer Verordnungswut von oben immer noch an planwirtschaftlichen Vorstellungen festhängt.“ Dazu werde den Kommunen die hundertprozentige Finanzierung ihrer eigenen Schulen und aller Ganztagsangebote versprochen. Andererseits habe die rot-grüne Bundesregierung Ländern und Kommunen „den finanziellen Boden weggezogen“.

Keine Billigbetreuung

Bayern stehe „mitten in der Umsetzung des 313-Millionen-Euro-Konzepts zur Förderung und Betreuung von Kindern am Nachmittag“, das die Staatsregierung bereits 2001 beschlossen habe. Die SPD wolle der Öffentlichkeit weiß machen, dass Bayern im Vergleich zu anderen Ländern eine Art Billigbetreu-

ung aufbaue, wohlwissend, dass selbst SPD-regierte Länder nicht auf die „rhythmisiertere“ Ganztagschule setzten, sondern auf Ganztagsangebote. 470 solcher Angebote gebe es bereits in Bayern, nicht wie die SPD behauptete nur 30.

Pädagogische Förderung

Zur Situation der Hauptschule teilte die Ministerin mit, an 17 seien bereits Klassen für extrem schwierige, teilweise kriminelle Jugendliche eingeführt worden, an denen mit Hilfe von Schulpsychologen und Beratungslehrern „intensiv pädagogisch gefördert“ werde. Der Versuch mit jeweils zwei Klassen werde in Oberbayern im kommenden Schuljahr gestartet. Allerdings räumte Frau Hohlmeier ein, dass der Bestand einklassiger Hauptschulen nicht überall gewährleistet werden könne. Zu behaupten, die Staatsregierung wolle alle einklassigen Hauptschulen vernichten, sei „eine dezidierte Lüge“.

Chancengleichheit

Marianne Schieder blieb als bildungspolitische Sprecherin der SPD dabei, das Programm der Staatsregierung sei fragwürdig. Sowohl was die Chancengleichheit der Kinder von Arbei-

tern und Akademikerinnen bzw. in Stadt und Land betreffe als auch die Versorgung mit Lehrern. Wenn der Freistaat den Kommunen nur 40 % der Personalkosten für kommunale Schulen anbiete, sei das untragbar. „Schule ist Staatsaufgabe.“

Keine kommunale Aufgabe

Auch die Grünen-Expertin Petra Münzel (die sich mit dieser Rede aus dem Parlament verabschiedete; sie kandidiert nicht wieder), sah das so. In keinem anderen Bundesland gebe es einen so engen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungsweg wie in Bayern. Der Ganztagschule näherte sich die Staatsregierung nur zögerlich mit ganzen 30 bei 2859 Volks- und ca. 3500 allgemein bildenden Schulen. Frau Schopper forderte, der Staat müsse jede in den Städten und Gemeinden geforderte Ganztagschule genehmigen und finanzieren. Um das künftig verfassungsmäßige Konnexitätsprinzip zu umgehen, erfinde die Staatsregierung den Begriff „Jugendsozialarbeit an den Schulen“ und definiere dies „einfach als eine Aufgabe an die Kommune“.

Trotz „einiger fragwürdiger Sätze“ und Detailkritik stimmten die Grünen einem CSU-Dringlichkeitsantrag zu, in dem die Grundsätze bayerischer Bildungspolitik als Konsequenz aus der PISA-Studie zusammengefasst wurden: Frühes Lernen fördern (ab Kindergarten), Zusammenarbeit stärken, Eigenverantwortung der Einzelschule erweitern sowie verbindliche Ziele und Standards festzulegen. Die SPD lehnte den Antrag ab. **rm**

Änderung des Bestattungsgesetzes vertagt

Die von der CSU-Fraktion initiierte Änderung des bayerischen Bestattungsgesetzes, um Fehlgeburten, Embryonen und Föten eine würdige Friedhofsbeerdigung zu sichern, konnte vom auslaufenden Landtag nicht mehr verabschiedet werden. Zwar waren sich alle einig, dass hier etwas geschehen müsse, doch SPD und Grüne hatten Bedenken gegen zu „technokratische“ und zu unbestimmte Formulierungen des CSU-Entwurfs. Darüber zu diskutieren, fehlte die Zeit, weil das Parlament vor der Neuwahl am 21. September ab Mitte Juli nicht mehr tagt.

Die Grünen hatten im Mai in Erster Lesung eine ausführliche Ausschussberatung gefordert; die SPD wollte zuvor eine Expertenanhörung, mit der die CSU sich nach einigem Hin und Her einverstanden erklärte. Darauf hin entschied der Landtagspräsident, den Gesetzentwurf nicht mehr weiterbehandeln zu lassen, weil es nicht sinnvoll sei, Zeit und Kosten für Anhörung und Ausschussberatung aufzuwenden, ohne das Gesetz noch beschließen zu können. Der Entwurf muss im nächsten Landtag neu eingebracht werden. Dann soll auch die Anhörung durchgeführt werden. Ob das Gesetz, das auch für die Kommunen von Interesse ist, u.a. wegen der Kosten in städtischen Krankenhäusern, wie geplant zum 1.1.2004 in Kraft treten kann, ist nun offen. (s. GZ Nr. 11/22.5.03) **rm**

Kommunale Finanzreform bleibt umstritten

CSU bekennt sich zur Gewerbesteuer, aber nicht voll zum Reformmodell des Städtetags

Im Bemühen, den Kommunen aus der Finanznot zu helfen und ihren Verwaltungen die Arbeit durch Bürokratieabbau zu erleichtern, zeigen sich die drei Landtagsfraktionen weiterhin einig. Die Staatsregierung wurde beauftragt, von der Aufhebung der Schuldenstatistik bis zur Vorlage von ständesamtlichen Ehefähigkeitszeugnissen für EU-Bürger alles im Sinne der schlanken, bürgernahen Verwaltung zu überprüfen. Bei den Finanzen war man insoweit einig, dass die Gewerbesteuer nicht abgeschafft werden soll. Über Weg und Zeit der kommunalen Finanzreform blieb der Streit.

Dem Kommunalausschuss lagen dazu neun Anträge der CSU und doppelt so viele der SPD vor. Die Regierungskoalition konzentrierte sich auf die Überprüfung der Bürokratie; ihre Anträge wurden bis auf zwei einstimmig akzeptiert. Lediglich beim generellen Verzicht auf eine wasserrechtliche Erlaubnis für das Versickern von Niederschlagswasser auf kleineren Privatgrundstücken sowie zur möglichen Abschaffung des kommunalen Vorkaufsrechts an Grundstücken zur Realisierung bestimmter städtebaulicher Absichten sagten die Grünen Nein. Um den SPD-Antrag, dem

Landtag noch vor der Sommerpause im Interesse der „Gemeinschaftshilfe für Bayerns Kommunen“ einen Nachtragshaushalt für 2003 vorzulegen, entbrannte der Streit zwischen CSU und Rot-Grün genau so von Neuem, wie bei den SPD-Forderungen, den bayerischen Finanzausgleich noch heuer aus einem zu bildenden Härtefonds zu verbessern, die Schlüsselzuweisungen zu erhöhen, die Gewerbesteuerumlage zu senken, die Solidarumlage für den Fonds Deutsche Einheit zunächst für die Grenzlandgemeinden abzuschaffen und das Konnexitätsprinzip noch vor dem Volkstagescheid am 21. September anzuwenden.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD) appellierte angesichts der fortschreitenden Bemühungen auf Bundesebene an die CSU, ihre Blockadehaltung aufzugeben und sich den Vorschlägen der Bundesregierung nicht zu verschließen; zumal der Staatsregierung nichts einfalle, was besser sei und sie sich weigere, das zu tun, wozu sie in eigener Hoheit in der Lage und was in den SPD-Anträgen festgehalten sei.

Für die CSU kontierte Herbert Etinger. Der Staatsregierung falle sehr wohl etwas ein, doch zunächst sei die Bundesregierung am Zug. Die Flaute in Wirtschaft und Konjunktur und damit auch die Ebbe in den Gemeindefinanzkassen sei die Folge der verfehlten Wirtschafts- und Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Die CSU sei entgegen den Behauptungen, wie sie auch auf dem SPD-Bürgermeistertag (s. eigenen Bericht) wieder erhoben wurden, für Erhalt aber auch Fortentwicklung der Gewerbesteuer; allerdings nicht bereit, das diesbezügliche Modell des Städtetages 1 : 1 zu übernehmen.

Der SPD-Forderung an die Staatsregierung stellte Herbert Etinger die Aufforderung entgegen, der Bund möge die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurücknehmen. Ausschussvorsitzender Dr. Herbert Kempfer (CSU) mahnte, nicht alle Schlachten in letzter Stunde nochmals zu schlagen. Die SPD-Anträge wurden von der CSU abgelehnt. **rm**

5. Bürgermeistertag der SPD-Landtagsfraktion:

Kommunen zu Gewinnern machen

Reformkonzept der Spitzenverbände soll die Grundlage sein
Noch Zweifel an rechtzeitiger Verwirklichung im Jahr 2004

Zwischen Hoffen und Bangen um die kommunale Finanzreform stand der 5. Bürgermeister- und Landrätetag der SPD-Landtagsfraktion, zu dem wieder rund 100 Kommunalpolitiker in das Maximilianeum gekommen waren, darunter Dr. Ivo Holzinger, Oberbürgermeister von Memmingen und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGKK). Die Hoffnung galt dem Konzept der kommunalen Spitzenverbände, in dem eine fortentwickelte Gewerbesteuer zentraler Punkt ist. Das Bangen betraf die Finanzierung der Reform durch den Bund und die Zustimmung auch der Union zum Konzept, so dass die leeren Rathauskassen ab 2004 allmählich wieder aufgefüllt werden können.

Die Fraktion hatte das jährliche Treffen heuer unter dem Motto gestellt „Kommune gewinnt“; in Anlehnung an den Slogan „Bayern gewinnt“ für den bereits angelaufenen Landtagswahlkampf. Landesvorsitzender Wolf-gang Hoderlein und Fraktionsvorsitzender Franz Maget verhehlten nicht, dass auch sie von der Finanzierung der Reform noch nicht voll überzeugt seien, insbesondere im Zusammenhang mit der zum gleichen Zeitpunkt vorgesehenen Steuerentlastung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Unmut nicht nur in Berlin abladen

Hoderlein forderte die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker jedoch auf, ihr Unbehagen oder Missfallen über den noch unsicheren Gang der Dinge „nicht ausschließlich in Berlin abzuladen“. In Bayern sei in den „Stoiber-Jahren“ eine kontinuierliche Verschlechterung der kommunalen Finanzen eingetreten. Hoderlein und Maget bezogen sich auf ein Informationsheft, in dem steht, Bayern sei mit 163 € Schlüsselzuweisungen pro Einwohner Schlusslicht unter allen deutschen Flächenländern; dies sei eine Folge davon, dass die Kommunen mit nur 11,54 % den niedrigsten Anteil an allgemeinen Steuern abteil im Län-

dervergleich bekämen. Während der Freistaat seine Schuldenlast von 1993 bis 2001 um 6,9 % erhöhen musste, „explodierten“ die Schulden der Kommunen um 21 %.

Entlastung beim Fonds Deutsche Einheit

Maget wiederholte neben anderem die - im Landtag von der CSU unter Hinweis auf den Bund abgelehnte - Forderung, die Kommunen schrittweise von den Zahlungen in den Fonds Deutsche Einheit zu entlasten, beginnend bei den Städten und Gemeinden an der Grenze zu den neuen Ländern Sachsen und Thüringen. Er gab ein praktisches Beispiel: Neustadt bei Coburg habe derzeit etwa 3 Millionen € Gewerbesteuereinnahmen, und müsse sich 2 Millionen € von der Bank leihen, um sie in den Fonds einzuzahlen. Gleichzeitig zögen die letzten Handwerksbetriebe aus Neustadt in die neuen Länder, wo sie besonders gefördert würden.

Den Ministerpräsidenten forderte Maget auf, endlich klar zu sagen, für welches Modell der Reform seine Regierung eintrete. Von den Vorschlägen des Bundesverbandes der Industrie (BDI) und des Arbeitgeberverbandes Chemie, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch kommunale Zuschläge auf Ein-

kommen- und Körperschaftsteuer zu ersetzen, sei die Staatsregierung anscheinend zwar abgekommen, sie habe sich aber noch nicht eindeutig festgelegt.

Kritische Auseinandersetzung

Die Bürgermeister und Landräte teilten die Kritik an der Staatsregierung, wobei sie sich auch auf die gleiche Meinung von CSU (Ober)Bürgermeistern bezogen. SPD-Oberbürgermeister Dieter Döhla aus Hof forderte eine kritische Auseinandersetzung mit dem von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber versprochenen Sofortprogramm für die Kommunen. Das wurde von dem Referenten und SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Scheelen für überflüssig erklärt. Die Union solle im Bundesrat bei der Beratung der vom Bundestag bis dahin verabschiedeten Reformgesetze im Oktober konstruktiv mitarbeiten, dann sei die Reform ab 1.1.2004 gesichert.

Die Landtagsfraktion hatte Scheelen zum Bürgermeistertag eingeladen, weil er der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik im Bundestag ist. Er zeigte sich bestens informiert und konnte den Bürgermeistern auf viele unklare Fragen im Zusammenhang mit der Finanzreform Aufschluss geben. Gleichwohl sprach Bürgermeister Karl-Heinz Keller aus Karlstadt (Unterfranken) vielen Anwesenden aus der Seele, als er klagte, „wir werden draußen dauernd angepöbeln wegen der Politik in Berlin“. Scheelen entgegnete, „wir machen gute Gesetze, aber niemand redet davon“. Er und auch Maget forderten die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker dringend auf, in diesem Sinne aktiv zu werden. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Norbert Reh
90592 Schwarzenbruck
am 25. 7.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Otto Schmedding
63928 Eichenbühl
am 17. 7.

Bürgermeister Hermann Spinner
63834 Sulzbach
am 18. 7.

Bürgermeister Georg Jennewein
82499 Wallgau
am 23. 7.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Karl Balk
92718 Schirmitz
am 21. 7.

Bürgermeister Frederik Röder
82239 Alling
am 25. 7.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Johann Wenninger
94374 Schwarzbach
am 19. 7.

Bürgermeister Josef Böck
86863 Langenneufach
am 21. 7.

Bürgermeister Franz Lehner
84533 Stammham
am 25. 7.

ZUM 35. GEBURTSTAG
Bürgermeister Fridolin Göbl
86697 Oberhausen
am 19. 7.

32. Bayerischer Heimattag in Lindau:

Heimatkultur im Wandel

Rund 150 Gäste hatten sich beim 32. Bayerischen Heimattag in Lindau am Bodensee eingefunden, um über Heimatkultur im Wandel der Zeit zu diskutieren. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution wurde die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, die Mittel für die Denkmalpflege deutlich zu erhöhen und dafür Sorge zu tragen, „dass der hohe Standard Bayerns auf dem Gebiet der Bau- und Bodendenkmalpflege auch in Zukunft erhalten bleibt“. Seit 1990 sinke die finanzielle Ausstattung der Denkmalpflege.

Neben dem wissenschaftlichen Gewinn, so heißt es in der Resolution weiter, „profitiert aus den denkmalpflegerischen Maßnahmen das qualifizierte Handwerk durch den Erhalt von Arbeitsplätzen“. Auch im Interesse der Standortattraktivität des Freistaats, der sich seiner kulturellen Verantwortung bewusst sei, erscheine die Förderung der Denkmalpflege dringend geboten.

Laut dem Generalkonservator am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, Egon Johannes Greipl, „treffen uns die Kürzungen im Kern“. Unter den jetzigen Verhältnissen könne ein optimaler Schutz der Bodendenkmäler nicht mehr gewährleistet werden.

Grenzen zeigen

Ein eindrucksvolles Bild jener Stadtrat permanent stellen müsse, um dem Fortschritt Rechnung zu tragen und dennoch den Charakter des mittelalterlich geprägten Stadtbildes zu erhalten, zeichnete Lindaus Oberbürgermeisterin Petra Meier to Bernd-Seidl. Konkret bedeute dies, „Bauwilligen die Grenzen“ aufzuzeigen. Es sei nicht immer leicht gewesen, in der Sturm- und Drangzeit modernen Bauens das Stadtbild zu bewahren, betonte die Rathauschefin. Andererseits war sie überzeugt, „dass uns die Geschichte der Stadt zu verschiedenen Zeitpunkten im

ihre Weise ein Humus, auf dem sich gemeinsame Wertvorstellungen, Haltungen, Bräuche und kulturelle Traditionen herausbilden. Nur wer in der Heimat verwurzelt sei, habe selbst einen inneren Halt und könne so auch anderen eine Stütze sein. Dabei dürfe Heimat jedoch nicht als etwas Statisches betrachtet werden, verhindere dies doch jegliche Weiterentwicklung.

Rückbesinnung

„Der Mensch ist nicht nur ein homo oeconomicus oder ein homo faber“, gab Kulturamtsleiterin Dr. Angela Heilmann zu bedenken. Um künftig die menschliche Würde zu erhalten, sei die Rückbesinnung auf traditionelle Werte unverzichtbar. Das bestätige die Notwendigkeit einer europäischen Regionalpolitik.

Chancen und Grenzen der Mobilität

Das zentrale Thema des Bayerischen Heimattags lautete „Chancen und Grenzen der Mobilität“. Prof. Hermann Knoflacher von der TU Wien kritisierte in seinem Vortrag „Veränderung von Siedlung und Landschaft durch die Automobilität“ die Verkehrsplanung. Die Übernahme des amerikanischen Leitbildes führe zu einer permanenten Zerstörung europäischer Strukturen. Die einzige Chance, dem zu entkommen, sei es, die Attraktivität für Fußgänger, Radfahrer und den Öffentlichen Nahverkehr zu erhöhen.

Soziales Netz

Jahr einholt“. So beispielsweise beim Kinderfest, „wo unsere Kinder das traditionelle Würstlechnappen jedem Computerspiel vorziehen“.

Angemessener Umgang

Über den angemessenen Umgang mit Herkunft, Dasein und Fortschritt referierte der Vorsitzende des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, Landtagspräsident Johann Böhm. In seiner Festansprache wies er darauf hin, dass Heimat den Menschen präge und bereichere. Heimat gebe ihm ein Raster, in dem er seine Erkenntnisse einordnen könne. In der Sicht auf den vertrauten Raum schärfe sich das Urteil, hier lerne er Bescheidenheit und Ehrfurcht vor dem, was andere geschaffen haben.

Gemeinsame Werte

Das wiederum bedeute aber nicht „Nabelschau“ oder gar Hybris gegen Fremde, die wiederum ihre eigene Heimat haben, sagte Böhm. Jede Heimat sei auf

Landtagswahl-Programm von Bündnis 90/Die Grünen:

Plädoyer für Stärkung der Kommunen

In ihrem Programm für die Landtagswahl in Bayern fordern Bündnis90/Die Grünen die Stärkung der Kommunen. Sie wollen mehr staatliche Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagern. Dazu gehören andererseits aber auch, die Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten. Ebenso wird dafür plädiert, den einzelnen Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen weitreichendere Informationsrechte einzuräumen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen auf die Zusammenarbeit mit lokalen Agenda-21-Gruppen sowie auf regional abgestimmte Entwicklungen bei der Schaffung von Infrastruktur und bei der Siedlungs- und Gewerbeent-

wicklung. Die Partei will den Dialog zur Entwicklung der Regionen mit allen Betroffenen organisieren. Dies stärke die regionale Wertschöpfung, erhalte Arbeitsplätze, stärke kleine und mittlere Unternehmen und damit

und Reinhold Böhm, der langjährige Vorsitzende des Historischen Vereins Alt-Füssen mit der Aventinus-Medaille ausgezeichnet.

In seiner Würdigung betonte Prof. Manfred Tremel, Vorsitzender des Verbands Bayerischer Geschichtsvereine, dass „in unserer hemmungslos ökonomisierten Lebenswelt“ Geschichtsforscher besonders wichtig seien, die „einerseits ihr Handwerk verstehen und andererseits ganz nahe bei den Menschen und ihren Interessen sind“. Während Reinhold Böhm den Inbegriff des engagierten Lehrers darstelle, der nicht nur seine Heimat liebe, sondern auch deren Geschichte kenne, habe sich Fried als Vorsitzender der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft große Verdienste erworben. **DK**

auch die Vielfalt in den Regionen Bayerns. Zudem entlasteten kürzere Wege auch die Umwelt.

Nachhaltigkeit

Die Grünen stehen nach eigener Aussage für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik: Einnahmen und Ausgaben des Staates müssten ökonomisch sinnvoll, ökologisch tragfähig und sozial gerecht sein. Dies gehe auf Dauer nur mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt, denn sonst lebe man auf Kosten

Kolumne Maximilian Gaul

Liebe Leser

In der Generationenstudie 2003 der Hamms-Seidel-Stiftung wird deutlich, dass sich die Menschen mit ihrem Wohnort in Bayern sehr stark identifizieren. In Oberbayern ergeben sich dabei etwas unterdurchschnittliche Werte, in Franken jedoch überdurchschnittliche Prozentwerte.

Das ist die psychologische Seite von Wohnen: die Menschen wohnen gerne in ihrer Heimat und möchten dort auch bleiben. Die ökonomische Situation ist so zu beschreiben: Die beruflich geforderte Mobilität und die bessere wirtschaftliche Entwicklung im Großraum München führt zu Gewichtverschiebungen beim Wohnen: sündhaftere Wohnungen in und rund um die Lan-



der Dörfer ihr oft sanierungsbedürftiges Haus, in dem noch vor wenigen Jahren ganze Familien untergebracht waren.

Um die Situation zu verändern, müssten alleinstehende Menschen dazu gebracht werden, aus ihren zu groß gewordenen Wohnungen in kleinere Wohnungen umzuziehen. Außerdem sollte der Sanierung alter Häuser in den Ortskernen der Vorzug vor dem Bau neuer Häuser gegeben werden. Um dies zu erreichen wurde nun kürzlich vorgeschlagen, in den Kommunen Wohnungsbörsen einzurichten.

Eine Wohnungstauschbörse würde eine weitere Ausweitung des Verwaltungsapparates und damit erhebliche Sach- und Personalkosten verursachen. Es ist nicht zu fragen „wie schaffen wir mehr Verwaltung“ sondern wie bringt der Staat die Eigentümer dazu die alten Wohnungen und Häuser wieder zu vermieten. Folgende Überlegungen wären notwendig:

- Lockerung des Mietrechts
- Modernisierungszuschüsse für Wohnungen und Häuser
- Zinsverbilligte Darlehen
- Bessere Abschreibungsmöglichkeiten im Steuerrecht auch für Einfamilienhäuser
- Änderung des Denkmalschutzrechts
- Förderung (wirkliche, finanziell spürbare) der denkmalgeschützten Häuser

Ich bin davon überzeugt, dass für den ländlichen Raum eine „amtliche Wohnungsbörse“ nicht die richtige Antwort auf die Frage „wie können wir Flächen sparen“ ist. Bei dieser Feststellung verkenne ich nicht, dass in größeren und großen Städten dies sinnvoll sein kann. Bei allem sozialen Engagement sollten wir die Kräfte des freien Marktes nicht vergessen, sondern dafür sorgen, dass sie dort, wo sie zu versagen drohen, wieder neu belebt werden. Keinesfalls sollten neue administrative und finanzielle Belastungen den Kommunen aufgebürdet werden.

Thr
Max. Gaul

zukünftiger Generationen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssten Steuereinnahmen effizienter eingesetzt werden: Alle Ausgaben müssten regelmäßig auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Das gelte insbesondere für Förderprogramme und Vergaberichtlinien. Sie müssten ihr Ziel erreichen und nicht nur Mitnahmeeffekte auslösen. Auch dürften sie nicht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen. Innerhalb des Haushalts seien strukturelle Änderungen notwendig. Wegen der seit 1994 zur Verfügung stehenden Privatisierungserlöse hätten notwendige Reformen verschoben und Probleme ausgesessen werden können. Diese Zeiten seien vorbei. Die Effizienz der Verwaltung und die Zahl der Ministerien in Bayern müssten geprüft werden.

Wichtige Funktionen

Die Städte und Gemeinden in Bayern hätten wichtige Funktionen, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung und der kommunalen Infrastruktur zu erfüllen. Um den Kommunen die Erfüllung ihrer Aufgaben und eine eigenständigere und nachhaltige Haushaltspolitik zu ermöglichen, bedürfe es einer Neuregelung des Finanzverhältnisses zwischen Staat und Kommunen. Aufgaben und Zuständigkeiten der einzelnen staatlichen Ebenen müssten klarer voneinander getrennt, Steuereinnahmen entsprechend auf Land und Kommunen verteilt werden. Die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Bayerische Verfassung sei ein richtiger Schritt in diese Richtung. Dies könne aber nur ein Anfang sein, da es sich nicht auf

bestehende Aufgaben auswirke.

Ziel der Grünen ist die Wiederherstellung eines wirksamen Bürgerentscheids. Er soll in der bayerischen Verfassung verankert werden und das Verfahren einer Volksabstimmung deutlich erleichtern. Außerdem wird für weniger Staat und mehr Verantwortung für die Gemeinden und bürgerschaftlichen Initiativen plädiert. Die Bürgerbeteiligung und Selbstorganisation für ökologische Anliegen nach dem Vorbild der „Lokalen Agenda 21“ sollen gefördert werden. Außerdem setzen sich die Alternativen dafür ein, das Ehrenamt sowie neue Formen bürgerschaftlichen Engagements zu stärken.

Dezentrale Lösungen

Dagegen erteilt die Partei Bestrebungen zur Marktöffnung (Liberalisierung) bzw. zur Privatisierung eine klare Absage. Entsprechende Initiativen seitens der Europäischen Kommission, des Bundeswirtschaftsministeriums oder zuletzt des Bayerischen Umweltministeriums gelte es abzuwehren. Das heiße aber nicht, sich Wegen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der kommunalen Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft zu verschließen. Durch die Einführung von Wettbewerbselementen, angefangen von Plangutachten bis hin zu Betriebsführungsmodellen könnten hier durchaus Verbesserungen erzielt werden. Fernwasserversorgung kann in den Augen der Grünen nicht die Alternative zu Wasserschutz sein. Ebenso wie in der Wasserversorgung ziehen sie auch in der Abwasserentsorgung örtliche, dezentrale Lösungen vor. **DK**

Anzeigen in der GZ
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

Innovative Verwaltung 2003

Huber: eGovernment ist entscheidender Standortfaktor

Das Landratsamt Cham und die Gemeinde Putzbrunn gehören zu den bedeutendsten Preisrägern, die Bayerns Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber anlässlich des Wettbewerbs Innovative Verwaltung 2003 ausgezeichnet hat. Diesjähriges Motto war „eGovernment“. „Der Aufbau leistungsfähiger eGovernment-Strukturen aus einem Guss ist eines der großen Projekte der Staatsregierung. Unser Ziel ist es, den Kontakt von Bürgern und Wirtschaft mit Verwaltung und Justiz sowie die nötigen internen Arbeitsschritte innerhalb der Verwaltung auch online anzubieten und damit erheblich zu erleichtern und zu beschleunigen. eGovernment ist ein entscheidender Standortfaktor der Zukunft“, so der Minister.

Die Gemeinde Putzbrunn wurde ausgezeichnet für ihr Projekt „Webbasiertes Bürger- und Rationierungssystem“. Mit diesem System werden Informationen über die gesamte Arbeit des Gemeinderats den Mitgliedern des Gremiums und der Öffentlichkeit bereit gestellt. Das reicht von der Erstellung der Vorlagen über die Ladung, die Sitzung, das Protokoll und die Abrechnung bis hin zur Überwachung, wann die Beschlüsse durchgeführt worden sind.

Das Landratsamt Cham für sein erhielt den Preis für sein Telematikprojekt. Dabei spielen die historisch gewachsenen behördeninternen Strukturen und die herkömmliche Aufgabenverteilung keine Rolle mehr. Sämtliche Verwaltungsleistungen werden konsequent mit den 39 kreisangehörigen Gemeinden vernetzt und an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft ausgerichtet.

Der Bürger im Mittel ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Partner und Anwalt der Verbraucher. Verantwortlich dafür zeichneten beispielsweise die Kompetenzzentren. Als Kompetenzzentren und Anlaufstellen für den Bürger vor Ort seien sie „nah dran“ an dessen Sorgen und Anliegen.

Bayern will's wissen

Auch der Minister zeigt sich interessiert am Dialog, weshalb er nach eigenem Bekunden seit verganginem Jahr viele Kompetenzzentren besucht habe. Aktionstage - demnächst unter dem Motto „Bayern will's wissen - sollen deren Bekanntheitsgrad erhöhen. Es gilt, Ansprechpartner und Aufgaben kennenzulernen und dadurch das Vertrauen der Verbraucher zu stärken.

Als Partner der Kompetenzzentren und Kommunen fungiere wiederum die Gewerbeaufsicht. Im Non-food-Bereich werde unkompliziert und schnell zum Nutzen des Bürgers zusammengearbeitet. Produktsicherheit sei hierbei gewährleistet.

Vernetzte Informationen

Als Rückgrat des Verbraucherschutzes bezeichnete Sinner das Verbraucherschutzinformationssystem Bayern VIS. Dieses zeige einen neuen Weg zur Beteiligung und Information der Verbraucher (Verbrauchersouveränität) auf. Bei VIS handle es sich um ein dialogfähiges, vernetztes Informationssystem mit Internetangeboten und Bürgertelefon. Netzwerk-Partner seien u. a. Kompetenzzentren und das Bayerische Landesamt für Ge-

sundheit und Lebensmittelsicherheit, LGL. Letzteres stelle einen bayerischen Wissensspeicher mit einer Servicefunktion auch für Kommunen dar. Das LGL erarbeite fachliche Grundlagen für die Tätigkeit von Kompetenzzentren, wirke bei der Aus- und Fortbildung mit und berate in schwierigen Fachfragen. Als Beispiele für Bürgernähe vor Ort nannte Sinner auch das Bürgergutachten sowie den Verbraucherschutzpreis 2003. Dieser fördere Engagement und Bürgerbeteiligung, verbessere den Verbraucherschutz und stärke die Verbrauchersouveränität.

Direkter Bürgerkontakt

Der Minister appellierte an die KPV-Vertreter, den Weg des direkten Bürgerkontaktes gemeinsam weiter zu beschreiten. Zudem schwebte ihm vor, die Regionen zu stärken - beispielsweise im Bereich Landwirtschaft. Hier werde die regionale Produktion von Lebensmitteln mit 12,6 Mio. Euro gefördert. Dies belebe den regionalen Wirtschaftskreislauf, was sich wiederum positiv auf die Kommunen auswirke.

Wahlergebnis verbessern

Stichwort Landtagswahlen: „Wir wollen das letzte Landtagswahlergebnis verbessern, je deutlicher je lieber! Das besondere ‚Wir-Gefühl‘ in Bayern muss dazu gestärkt werden!“ hob anschließend CSU-Generalsekretär Dr. Thomas Goppel hervor. Nichts sei selbstverständlich, weshalb „für uns als Volkspartei

die breite Mobilisierung in allen Landesteilen entscheidend ist“.

Die BayernSPD verfüge über kein Konzept für Bayern. Vielmehr setze sie auf Schlechtreden und Neidpropaganda. Das Sitzenbleiben abzuschaffen, sei bislang ihre einzige „konkrete“ Forderung. Ansonsten drohe die SPD mit der „Lufttheater über den Kinderbetten“.

Deutschland leidet

Deutschland, so Goppel, leide unter einer schweren strukturellen Krise. Die rot-grüne Finanzpolitik sei komplett gescheitert. Fakt sei: „Die deutsche Negativbilanz hat fast ausschließlich hausgemachte Gründe.“ Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel seien verantwortlich für eine beispiellose Kette von Fehlentscheidungen, Verzögerungen, Konjunkturschwächen, Steuererhöhungen und Vertrauensbrüchen, die Wachstum und Arbeitsplätzen nachhaltig geschadet hat.

Offensive nötig!

„Deutschland muss in die Offensive!“ forderte Goppel, und verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass kommunale Investitionen die schnellste Wirkung hätten. Aber gerade die Kommunen würden von Schröder, Eichel und Schily immer stärker belastet: So wuchs das Jahres-Defizit aller kommunalen Haushalte von 4 Mrd. Euro (2001) über 6,7 Mrd. Euro (2002) auf aktuell 9,9 Mrd. Euro in 2003. Die Einführung der Grundsicherung kostet die Kommunen bis zu 3 Mrd. Euro. Die

schon 1998 versprochene Gemeindefinanzreform fehlt bis heute. Ziel der Union sei es deshalb, „3 x 40“ durchzusetzen, sprich: Senkung der Staatsquote, der Sozialabgaben (Lohnkosten) und der Steuern. Goppel: „Wir können und müssen die Abwärtsspirale durchbrechen. Das große Potenzial unseres Landes muss freigesetzt, von bürokrati-

schen Fesseln befreit werden.“

Weg mit bürokratischen Fesseln!

„Der liebe Gott kommt mit zehn Geboten aus, wir allein haben 200 verschiedene Formulare für Verdienstbescheinigungen“, sagte der „CSU-General“. Auf Bundesebene seien heute insge-

samt 86.000 Einzelschriften in Kraft, die befolgt sein wollen. Entbürokratisierung sei zentraler Punkt des Unions-Sanierungsprogramms für Deutschland. Bürokratie koste die Unternehmen ca. fünf Prozent ihres Umsatzes, vernichte Freiheit und Eigeninitiative. Es sei deshalb höchste Zeit, dem einzelnen mehr Vertrauen zu schenken. **DK**

Kommunen vor dem ...

(Fortsetzung von Seite 1)
bereits gezwungen, die Gehälter für ihre Mitarbeiter mit Krediten zu finanzieren. Andere bekommen die Haushalte nicht mehr genehmigt. Andes gesagt: Die Städte werden handlungs- und zahlungsunfähig.

Selbstverwaltung gefährdet

Damit aber stellt sich die Frage, ob hier nicht ein eklatanter Verstoß gegen das in der Verfassung garantierte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden vorliegt. Wenn die Städte zunehmend nur noch die Not verwalten können, aber keinerlei Handlungsspielraum mehr haben, dann ist Art. 28 des Grundgesetzes, der den Städten und Gemeinden die Selbstverwaltung garantiert, das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist.

Wer das Herz gefährdet ...

Die Krise der Städte und Gemeinden ist aber auch eine Krise der Länder und der Bundesrepublik insgesamt. Die Städte und Gemeinden bilden die Basis unseres Gemeinwesens. In den

Städten schlägt das Herz dieser Republik. Wenn es dort zum Infarkt kommt, dann trifft dieser Infarkt das gesamte Land. Bislang waren die Städte in Deutschland Vorzeigeobjekte im internationalen Wettbewerb. Sie sind es, die diesem Land als interessante Standorte das wirtschaftliche Rückgrat geben. Deshalb gilt, wer die Städte sträflich vernachlässigt, vernachlässigt die gesamte Republik.

Verständnis bei den Bürgern wecken

Dies muss auch den Bürgern nahegebracht werden. Sie müssen dafür gewonnen werden, sich bei Bundes- und Landespolitikern noch stärker für ihre Städte und Gemeinden einzusetzen. Ihnen muss aber auch bewusst gemacht werden, dass sie sich auch selbst noch mehr bei der Bewältigung der Krise der Kommunen engagieren müssen.

Um die Kommunen wieder auf eine gesunde Basis zu stellen, brauchen wir eine Reform der Gemeindefinanzen, die den Städten und Gemeinden verlässliche und kalkulierbare Einnah-

men garantiert. Die Zeit dafür ist überreif. Der Bayerische Städtetag und die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene haben nahezu gleichlautende Vorschläge für eine Reform der Gewerbesteuer vorgelegt, die die Chancen bieten, dass auch die großen Unternehmen in den Städten wieder zur Infrastruktur vor Ort beitragen. Dieses Ziel muss auch aus Steuergerechtigkeitsgründen angestrebt werden.

Gemeinsame Wege

Der Bayerische Städtetag hat zu seiner diesjährigen Verbandstagung nach Bad Windsheim unter dem Motto eingeladen: „Krise der Städte, Krise des ganzen Landes“. Ziel der Veranstaltung ist es, gemeinsam Wege zu suchen, wie die Krise bewältigt werden kann. Der Verband appelliert an alle politischen Kräfte, dieses Ziel so schnell wie möglich anzusteuern. Die Zeit für Reden und lange Diskussionen ist abgelaufen. Jetzt muss schnell gehandelt werden, um die Kommunen, aber auch das Land vor einem dauerhaften Schaden zu bewahren. **z**

Mehr Heimat statt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
hen die Bezirke vor allem folgende Ansatzpunkte:

- z Selbstbestimmung statt Fürsorge
- z Mehr Heimat statt Heim
- z Der Mensch im Mittelpunkt
- z Teilhabe am Arbeitsleben
- z Speziell zugeschnittene Leistungsangebote
- z Integration in Schule und Ausbildung
- z Kostendämpfung mit Augenmaß
- z Sichere Finanzierung.

Praxisgerechte Lösungen

Wie Sinnacher betonte, gelte es, betriebswirtschaftliche Erkenntnisse so einzusetzen, „dass dadurch die soziale Zweckerreichung optimiert wird“. Hier gemeinsam praxisgerechte Lösungen im Dialog zu erarbeiten, sei die Herausforderung der Zukunft für alle Beteiligten. Gleichzeitig müsse sich der Bund an der Sicherung der notwendigen Hilfen und ihrer Finanzierung als einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe angemessen beteiligen, um ein weiteres finanzielles Ausbluten der Kommunen zu verhindern, forderte Sinnacher. Die Bezirke plädierten deshalb für die Einführung eines bundeseinheitlichen Leistungsgesetzes.

Eigene Finanzquelle

Zudem sei der Freistaat gefordert, die finanzielle Eigenständigkeit der Bezirke „durch eine eigene, der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Aufgabenbereichs entsprechende Finanzquelle im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ohne Beeinträchtigung der Einnahmen der anderen kommunalen Ebenen“ zu stärken. Die erforderlichen Hilfen für die behinderten, kranken und pflegebedürftigen Menschen dürften nicht nur von der aktuellen kommunalen Finanzmasse abhängig sein.

„Das Verhältnis zu Menschen mit Behinderung ist ein Prüfstein für die Humanität jeder Gesell-

schaft. Inwieweit die Förderung und vollständige Eingliederung von Menschen mit Behinderung gelingt, darf nicht von der Fähigkeit des behinderten Menschen zur Integration und Leistung abhängen. Erfolgreiche Integration ist vielmehr von der Fähigkeit der Gesellschaft abhängig, dem behinderten Menschen entgegen zu kommen und mit ihm zu leben“, erklärte Sozialstaatssekretär Georg Schmid in seiner Festrede.

Wachsende Nachfrage

Die steigende Zahl von Menschen mit Behinderung und deren zunehmender Bedarf an professioneller Betreuung führe aktuell zu einer wachsenden Nachfrage nach ambulanten Diensten und Heimplätzen. Der Anstieg der Fallzahlen betreffe die Bezirke in besonderem Maße, da sie als Sozialhilfeträger die laufenden Kosten für die Unterbringung von behinderten Menschen in Heimen und Werkstätten trügen. Bis zum Jahr 2007 würden einer Studie des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zufolge 17 Prozent mehr behinderte Menschen stationäre Hilfe benötigen. Die Staatsregierung sei sich mit den bayerischen Bezirken einig, dass die Finanzierung der Leistungen für Menschen mit Behinderung auf eine sichere und zukunftsbeste Grundlage gestellt werden müsse. „Die Eingliederungshilfe sollte neu finanziert und hierzu ein eigenständiges Leistungsgesetz des Bundes für Menschen mit Behinderung geschaffen werden. Dieses muss vom Nachranggrundsatz der Sozialhilfe und dem Rückgriff auf das Einkommen entkoppelt werden“, forderte Schmid.

Innovative Modellversuche

Um die Wohnsituation behinderter Menschen auf tragfähige Füße zu stellen, plane die Staatsregierung, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des

Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz vorzulegen. Mit diesem solle die Zuständigkeit für die ambulante Betreuung in betreuten Wohnformen auf die Bezirke übertragen werden. Schmid zufolge erleichtert dies zum einen die Durchlässigkeit zwischen der stationären Heimbetreuung und ambulanten Wohn- und Betreuungsformen. Zum anderen können so die Rahmenbedingungen für innovative Modellversuche, wie z. B. die Einführung eines persönlichen Budgets, verbessert werden.

Aufgabe in ganz Europa

Anstelle von Donald Tait, Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission, der krankheitsbedingt absagen musste, referierte Dr. Angelika Poth-Mögele, Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel, zum Thema „Die Integration von Menschen mit Behinderung als gesamteuropäische Aufgabe“.

Wie Frau Poth-Mögele erläuterte, habe die EU in der Sozialpolitik wenig Kompetenzen, bedingt durch die historischen Unterschiede und vor allem auch der unterschiedlichen Regelungen in den Mitgliedstaaten, wie sozialpolitische Maßnahmen finanziert werden. Daher hätten sich die Mitgliedstaaten in weiten Bereichen der Sozialpolitik auf die „offene Methode der Koordinierung“ verständigt, in der sie Ziele gemeinsam definieren und nationale Aktionspläne erstellen, in denen sie aufzeigen, wie sie diese erreichen wollen. Benchmarks und Überprüfungen der Ergebnisse sollen die Mitgliedstaaten motivieren, ihre angestrebten Ziele zu erreichen.

Mit dem Vertrag von Amsterdam, der 1999 in Kraft trat, sei der sog. Anti-Diskriminierungsartikel in die europäischen Verträge aufgenommen worden, so Angelika Poth-Mögele. Auf Gesetzentwurf zur Änderung des

(Fortsetzung auf Seite 5)



Freude, Stolz und Dankbarkeit strahlen die Menschen aus, die an der Errichtung des neuen High-Tech-Centers in Weßling beteiligt waren. Das Konzept von Bauunternehmer Friedrich Riebel (5. v. r., vorn) hat sich bewährt. In ökologisch hervorragender Bauweise entstanden zahlreiche hochwertige Arbeitsplätze. Darüber sind natürlich auch Weßlings Bürgermeisterin Monika Meyer-Brühl und der Starnberger Landrat Heinrich Frey sehr froh.

Öffentliche Finanzierungsplanung schafft Verkehrsengpässe

Verbände fordern mehr Privatinvestitionen in Bayern

München. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland in einem erweiterten europäischen Binnenmarkt wird aufs Spiel gesetzt, wenn nicht endlich von den politisch Verantwortlichen die richtigen Weichenstellungen in der Verkehrsinfrastrukturpolitik vorgenommen werden. Der kürzlich vorgelegte Bundesverkehrswegeplan ist nicht geeignet, den Investitionsstau beim Verkehrswegebau zu beseitigen. Diese Einschätzung äußerten Spitzenvertreter des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie (BDZ) sowie des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) auf dem gemeinsam veranstalteten Symposium „Verkehrsengpass Süd“ in München.

Das zu erwartende Wachstum im Straßenverkehr sei mit dem Investitionsrahmen des Bundesverkehrswegeplans nicht zu bewältigen, kritisierte Karl Gernandt, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie.

Gegen ideologische Sandkastenspiele

Der Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Professor Thomas Bauer, bemängelte „die unsinnige Deckelung der Investitionen für den Fernstraßenbau auf dem Niveau der Schienenwegeinvestitionen“. Die Zuspitzung der Verkehrsverhältnisse in Deutschland erlaube keine solchen ideologischen „Sandkastenspiele“ mehr. Vielmehr müsse sich der Bund bei der Bereitstellung von Investitionsmitteln allein daran orientieren, welchen Beitrag ein Verkehrsträger zur Lösung der Verkehrsprobleme leisten kann.

Karl Gernandt wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass gerade Bayern aufgrund seiner Geographie und Wirtschaftsstruktur in besonderem Maße auf ein funktionierendes Straßennetz angewiesen sei. So besitze der LKW im Freistaat einen Anteil von über 81 % an der gesamten Beförderungsleistung, während es im Bundesdurchschnitt nur rund 72 % seien. Im Zuge der EU-Osterweiterung werde das Verkehrsaufkommen in Bayern dramatisch wachsen. Allein der Gütertransport werde sich fast verdoppeln. Der sich daraus ergebende riesige Bedarf an Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur des Landes stehe in einem krassen Missverhältnis zu den bereitgestellten öffentlichen Mitteln.

Autobahnausbau

Professor Bauer bemängelte, dass auch der Ausbau des bayerischen Fernstraßennetzes erheblich darunter leiden werde, dass trotz Einführung der Lkw-Maut

mit Mehreinnahmen für den Bund von voraussichtlich 2,8 Milliarden Euro pro Jahr laut Bundesverkehrswegeplan die Finanzausstattung des Verkehrsträgers Straße nur geringfügig verbessert werden soll. So sei der 6-spurige Ausbau der A 8 Rosenheim-Salzburg oder der A 6 Nürnberg-Heilbronn auf die lange Bank geschoben.

Unverständliche Lücken

Aber auch die Schienenwegeplanung weise für den bayerischen Verkehrsraum unverständliche Lücken auf. Obwohl sich beispielsweise die Anzeichen mehrten, das sich die Regierungen Italiens und Österreichs in den kommenden sechs Monaten auf einen Staatsvertrag zur Realisierung des Brenner-Basis-Tunnels einigen werden, sei der Bau der 1,57 Milliarden Euro teuren Anschlussstrecke München-Rosenheim-Kiefersfelden in den sogenannten „weiteren Bedarf“ verschoben worden.

Da die öffentliche Haushaltsfinanzierung die Sicherung und den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht mehr gewährleisten, forderte Gernandt von der Politik, mehr Spielraum und mehr Planungssicherheit für die privatwirtschaftliche Finanzierung von Verkehrswegen, um den für Standort und Wachstum schädlichen Investitionsstau aufzulösen.

Mehr Heimat statt ...

(Fortsetzung von Seite 4)
grund dieses Artikels sei die EU ermächtigt, einschlägige Vorschläge zu unterbreiten. Die Anti-Diskriminierungs-Richtlinie aus dem Jahr 2000 stelle eine wichtige Etappe dar, auch die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt, am Arbeitsplatz und in der Ausbildung zu verbieten. Die Mitgliedstaaten seien verpflichtet, diese Richtlinie bis zum 2. Dezember 2003 in na-

tionales Recht umzusetzen.

Beschäftigungsförderung

Der Rat für Beschäftigung und Soziales habe auf seiner jüngsten Sitzung am 3. und 4. Juni u. a. eine Entschließung zur „Förderung der Beschäftigung und der sozialen Eingliederung der Menschen mit Behinderungen“ angenommen, fuhr Dr. Poth-Mögele fort. Darin werden die Mitgliedstaaten und die Kommission u. a.

aufgerufen, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die uneingeschränkte Eingliederung der Menschen mit Behinderungen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und ihre uneingeschränkte Beteiligung daran unter Anerkennung ihrer rechtlichen Gleichstellung mit anderen Bürgern zu fördern.

Diskriminierungsverbot

Am 13. Juni wiederum habe der europäische Konvent die Arbeit zum ersten und zweiten Teil des europäischen Verfassungsvertrags abgeschlossen, erklärte die Leiterin des Europabüros. Mit der Integration der Europäischen Grundrechtecharta in Teil zwei des Vertragstextes sei das Diskriminierungsverbot aufgrund einer Behinderung ebenso verankert, wie die Anerkennung und Achtung des Anspruchs von Menschen mit Behinderungen auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am gemeinschaftlichen Leben. **DK**

„Silberner Wirbel“ für Dr. Georg Sinnacher

Mit seiner höchsten und sehr selten verliehenen Auszeichnung, dem „Silbernen Wirbel“, ehrte der Bayerische Musikrat am 8. Juli Bezirkstagspräsident Dr. Georg Sinnacher. Mit Dr. Sinnacher, der sich sichtlich über die Ehrung freute, wurde erstmals ein Kommunalpolitiker ausgezeichnet, dessen große Verdienste um die Entwicklung des Musiklebens damit gewürdigt wurden. Für die musikalische Gestaltung des Festakts im Haus des Bezirks Schwaben in Augsburg zeichnete die Meisterklasse Prof. Julius Berger, Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg, verantwortlich. Mit einem kleinen Empfang des Bezirks Schwaben fand die Feier ihren würdevollen Ausklang. **DK**

High-Tech im Technologiepark Oberpfaffenhofen:

Innovation in Produkte umsetzen

„Das neu eröffnete High-Tech-Center ‘GE01’ ist ein Unikat im Technologiepark Oberpfaffenhofen“, lobte Bauunternehmer Friedrich Riebel eines der jüngsten Projekte, die am Argelsrieder Feld entstanden sind. Landrat Heinrich Frey und Weßlings Bürgermeisterin Monika Meyer-Brühl sind dankbar. Immerhin sind damit wieder 68 krisensichere Arbeitsplätze entstanden.

Zwischenzeitlich arbeiten auf nahezu 16 Hektar 42 Firmen mit 1.612 Beschäftigten. Die Unternehmen decken die Fachbereiche Medizintechnik, Regelmesstechnik, Laserelektronik, Aeroelastic, neue Technologien im Bereich der Neigeotechnik, Softwareentwicklung, Halbleiterproduktion, sowie neue wissenschaftliche Entwicklungen im Bereich der Satellitennavigation ab.

Drei Schwerpunkte

Der Technologiepark Oberpfaffenhofen wird - mit Erweiterungsmöglichkeiten - in drei Schwerpunkte aufgeteilt: In den Bereich Nahversorgung, den Bereich der Halbzeugfertigung und den Bereich „Treffpunkt für Wirtschaft und Wissenschaft“. Dass ein großer Fitnessbereich dazu gehört, den nach Feierabend nicht nur die Firmenmitarbeiter nutzen, sondern der mit seinem innovativen Konzept auch Besucher aus der Region anlockt, versteht sich von selbst.

Wohlfühlen am Arbeitsplatz

Für die gesamte Anlage wurden immer wieder Feng-Shui-Berater herangezogen. Man möchte schließlich sicherstellen, dass die Menschen sich wohlfühlen und gute Arbeit leisten können. „Dort will ich arbeiten,

weil ich mich wohlfühle und weil ich eine ausgewogene ökologische Fläche vorfinde und mein Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder auch mit dem Fahrrad und dem PKW gut erreichbar ist, so argumentieren die Leute, die hier beschäftigt sind“, sagte der Bauunternehmer Friedrich Riebel bei der Vorstellung. „Unser gemeinsames Ziel muss es sein, der Wachstumsbranche von morgen und übermorgen gerecht zu werden. Das schaffen wir nur durch Innovation, Innovation Innovation“, rief er den Gästen zu. Dies ist sicher mit ein Grund, warum an diesem Standort sehr gezielt nach Partnerunternehmen Ausschau gehalten wird, die zu den bereits angesiedelten passen und diese ergänzen.

Grundsolides Wachstum

„Die Entwicklung bringt in allen Bereichen der angesiedelten Firmen ein grundsolides Wachstum mit ein“, wußte Riebel zu berichten. Sie sichere nachhaltig die wirtschaftliche Prosperität und die Arbeitsplätze am Standort. Zwischenzeitlich seien einige Firmen bereits dabei, ihren Standort zu vergrößern und neue Mitarbeiter einzustellen.

Riebels eigenes Bauunternehmen mit Standorten in Mindelheim (Hauptsitz), München, Buchloe, Regensburg, Stuttgart, Schongau, Weilheim, Bad Wö-

rishofen, Kaufering, Penzing, Thaining und Pforzen, behauptet sich trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeiten sehr gut am Markt. Die Fluktuation unter den Mitarbeitern ist gering. Wer bei Riebel ist, bleibt bei Riebel.

Seit Beginn der Projektentwicklung im Weßling hat das Bauunternehmen mit dem Starnberger Projektentwickler Franz Xaver Erlacher zusammen gearbeitet. Das Team ist eingespielt. Man kann sich aufeinander verlassen.

Hochwertiger Wirtschaftsstandort

Landrat Frey und Bürgermeisterin Meyer-Brühl zeigten sich froh und dankbar über den hochwertigen Wirtschaftsstandort, der sich so harmonisch in die oberbayerische Landschaft fügt.

Die Partner

Neue Mietpartner sind die Fraunhofer Gesellschaft, die Raylase AG mit ihrer Firmenzentrale, das Labor für Laserelektronik, die GEO-VIEW AG, sowie die Firma Garner CAD Technik GmbH.

Die Fraunhofer Gesellschaft erweitert hier ihr Micromechanikzentrum. Die Zentrale der Gesellschaft befindet sich bereits in unmittelbarer Nachbarschaft am Argelsrieder Feld 6. Vor allem kleine, mittelständische Unternehmen werden beim Einsatz neuer Technologien, sowie bei der Entwicklung neuer Produkte unterstützt. Die Firma Garner ist maßgeblich beteiligt bei der Entwicklung von Großraumflugzeugen und GEO-VIEW befaßt sich mit Satellitennavigation. **DK**

„euregia bodensee - Kongress für Standort- und Regionalmanagement“:

Vierländertreff-Premiere in Friedrichshafen

Ein Forum der Regional- und Standortentwicklung in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein hat im kommenden Herbst Premiere in der Zeppelinstadt Friedrichshafen. Die „euregia bodensee - Kongress für Standort- und Regionalmanagement“ lädt vom 10. bis 12. September 2003 Vertreter(innen) aus der Kommunalpolitik, der Wirtschaftsförderung, des Standortmarketings, der Regionalentwicklung sowie alle Interessierte in das Kongresszentrum der Neuen Messe Friedrichshafen ein. Sie soll künftig im zweijährigen Rhythmus stattfinden.

Ergänzend zum vielfältigen Kongressprogramm wird eine Fachausstellung für Dienstleister der Kommunal- und Regionalentwicklung organisiert. Sie soll zu mehr Markttransparenz in den Arbeitsfeldern Stadt-, Standort- und Regionalmarketing, Regionalberatung und -management, Landschaftsplanung und Tourismusberatung, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung führen. Namhafte Fachleute bestreiten das Programm der „euregia bodensee“ mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops zu brisanten Themen, unter anderem „Globalisierung und Regionale Strategien“, „Interkommunale Kooperation - Konzepte und Best-Practice-Projekte“ und „Marketing of Places - Lassen sich Regionen wie Marken verkaufen?“. Zu den Initiatoren der „euregia-bodensee“ zählt der Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben, ein Zusammenschluss von 13 Kommunen sowie die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg, die Universität St. Gallen sowie das Land Vorarlberg. Das aktuelle Programm und viele weitere Infos bietet die Homepage des Kongresses unter www.euregia-bodensee.de.

Das „Premieren-Programm“

Das „Premieren“-Programm der „euregia bodensee - Kongress für Standort- und Regionalmanagement“ bietet Vorträge, Podiumsdiskussionen und Workshops zu täglich wechselnden Schwerpunktthemen.

Zur Auftaktveranstaltung „Globalisierung und Regionale Strategien“ am Mittwoch, 10. September, wird Prominenz aus Brüssel und Bern erwartet: Guy Crauser von der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission referiert zur neuen Regionalpolitik. Anschließend bestreiten Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft eine Talk-Runde und ein Empfang wird den Tag beschließen.

Der Mittwoch steht unter der Frage, wie Kommunen und Re-

gionen angesichts der wachsenden Globalisierung auf den erhöhten Wettbewerbsdruck reagieren müssen. Die Antwort führt zu wirtschaftlichen Lösungen, die auf die speziellen regionalen und lokalen Entwicklungsmöglichkeiten zugeschnitten sind.

Neues Zauberwort: Clustering

Die Fachveranstaltung „Clustering - das neue Zauberwort der Wirtschaftsförderung“ greift diese Entwicklung auf: „Wie funktioniert der Aufbau von Clustering?“ „Wie schaffen wir kreative und innovative Milieus?“ „Lassen sich Technologiepotenziale systematisch erschließen?“ „Welche Erfahrungen liegen in der Zusammenarbeit von Kommunen und Wirtschaft vor?“ „Wie haben Orte und Regionen in den Ländern dies beispielhaft angepackt?“

Auf das Schwerpunktthema „Interkommunale Zusammenarbeit“ stimmt bereits am ersten Tag eine Veranstaltung mit dem Titel „Demografischer Wandel - Strategie der Kommunen“ (Veranstalter: Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH) ein.

Best-Practice-Projekte

„Interkommunale Kooperation - Konzepte und Best-Practice-Projekte“ lautet das Motto des zweiten Tages. Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, geht auf die Frage ein, „Wie ist interkommunale Kooperation erfolgreich zu gestalten?“ Konzepte und Strategien interkommunaler Zusammenarbeit stellen Prof. Dr. Dietrich Fürst von der Universität Hannover und Dr. Fritz Wegelin, Vizedirektor des Schweizer Bundesamtes für Raumentwicklung in Bern, vor. Danach präsentieren sich Stadt-Umland-Praxisbeispiele den verschiedenen Ländern.

Ein Vertiefungsworkshop beschäftigt sich nachmittags mit „Konzeption, Realisierung und Vermarktung interkommunaler

Gewerbegebiete“ am Beispiel des gemeinsamen Gewerbeflächenpoolings der Städte Ulm und Neu-Ulm, des Gewerbe- und Industrieparkes „Unteres Kochertal“ sowie der Agglomeration Luzern.

Ein weiterer Arbeitskreis fragt sich, inwieweit „Interkommunale Freiraumpolitik eine Chance für die Entwicklung von Verdichtungsräumen, Wirtschaft, Naherholung und Tourismus“ darstellt. Beispiele sind hier der Regionalpark Mitteldeutschland, der Rheinpark Pamina, das Landschaftsparkkonzept Bodenseen-Oberschwaben sowie der Um-

30 Jahre Baulandpolitik Buch am Erlbach:

Eine Erfolgsgeschichte

Von Lambert Huber, Bürgermeister a. D.

Die Siedlungsentwicklung der Gemeinde Buch a. Erlbach beschränkte sich bis Ende der 60er Jahre auf den örtlichen Bedarf. Auswärtige Bauplatzbewerber waren selten. Dies änderte sich schnell, als die Planung für Autobahn und Flughafen bekannt wurde. Auswärtige Grundstücksmakler interessierten sich plötzlich für das landschaftlich reizvolle und nun bald von München aus gut erreichbare Erlbachtal.

Die Grundstücke, die damals ausgewiesen und erschlossen wurden, gingen fast ausnahmslos an auswärtige Käufer, überwiegend aus dem Großraum München. Die weniger zahlungskräftigen jungen Einheimischen hatten das Nachsehen. Ans Bauen dachten die wenigsten dieser Käufer - die nach Fertigstellung des nur 20 km entfernten Münchner Flughafens und der nahen Autobahn zu erwartende Preissteigerung für Grundstücke war bei vielen der Grund für den Kauf. Die Grundstücke wechselten dann oft mehrfach den Besitzer mit entsprechenden Spekulationsgewinnen. Nach zehn Jahren war noch nicht einmal bei einem Drittel der ausgewiesenen und erschlossenen Parzellen mit dem Bau begonnen.

Frühzeitig erkannte man im Gemeinderat, dass diese Entwicklung so nicht weitergehen durfte. Nachdem der freie Markt offensichtlich nicht mehr in der Lage war, geordnete, soziale Verhältnisse im Siedlungsbereich der Gemeinde zu schaffen und jungen Normalbürgern Heimat und Eigentum in der Gemeinde zu ermöglichen, sah sich der Gemeinderat verpflichtet, in diesen Markt einzugreifen und die Siedlungsentwicklung selbst in die Hand zu nehmen. Es wurde beschlossen, Bauland nur noch nach vorherigem Erwerb auszuweisen oder die Nutzung anderweitig vertraglich zu sichern. Die Gemeinde hatte damit die Möglichkeit, die Baulandpreise wieder den örtlichen Verhältnissen anzupassen, vor allem aber den Vorrang der eigenen jungen Bürger bei der Vergabe sicherzustellen.

Die Baugrundstücke wurden nach Erschließung bevorzugt an junge Familien mit Eigenbedarf verkauft, mit vertraglicher Verpflichtung zur Bebauung innerhalb einer bestimmten Frist und zur Eigennutzung, so dass jegliche Spekulationsmöglichkeit ausgeschlossen war.

Wurden zunächst neben Bewerbern aus der Gemeinde auch Familien aus der näheren und weiteren Umgebung bei der Vergabe berücksichtigt, so sah man sich auf Grund der naturräumlichen Gegebenheiten, die einer unbeschränkten Siedlungstätigkeit Grenzen setzen, bald gezwungen, die Vergabe auf Einheimische zu beschränken, um auch der nächsten Generation noch Siedlungsraum zu erhalten. Dies

landverband Region Rhein-Main.

„Marketing of Places“

Der Freitag wird mit einem weiteren Highlight eröffnet: „Marketing of Places - Lassen sich Regionen wie Marken verkaufen?“ - veranstaltet durch die Universität St. Gallen/Schweiz. Dahinter steckt die Frage, ob es in Zeiten des globalen Wettbewerbes der Standorte noch Sinn macht, auf Gemeinde und Regionsebene eigenständige Marken zu entwickeln. Über Erfahrungen mit der touristischen Topmarke Auf und Davos berichtet Armin Egger, Direktor Davos Tourismus; Zurich Park Side - oder wie überlebt eine Region im Schatten einer Metropole ist schließlich das Thema von Robert E. Gubler, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Standortmarketing in Zürich.

Stadt Bamberg:

Geballte Informationen zur Stadtsanierung

„Weltkulturerbe, Stadtsanierung, Stadtgestaltung“ nennt sich die neueste Publikation der Stadt Bamberg, die gemeinsam von Oberbürgermeister Herbert Lauer und Baureferent Ottmar Strauß vor kurzem der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Inhaltlicher Schwerpunkt der Veröffentlichung, die sich an alle Sanierungsinteressierten wendet, ist die Darstellung der Ziele, Methoden, Abläufe und Zuständigkeiten innerhalb der Stadtsanierung.

Dabei zeigt sich die Broschüre zugleich als Spiegel der umfassenden Bandbreite und Leistungen der Stadtsanierung in Bamberg: Vom Alten Rathaus über die Stadtbücherei, den Ziegelbau oder das Theater bis zur Synagoge läuft praktisch keine große Baumaßnahme mehr ohne die Städtebauförderung. Aber auch Tiefgaragen, Brücken, Straßen und Plätze sind Themen der Stadtsanierung. Ebenso viele kleinere private Bauvorhaben und Verbesserungen im öffentlichen Raum.

Das Thema „10 Jahre Weltkulturerbe“ geht natürlich nicht spurlos an der neuen Handreichung vorbei: Erstmals sind die Bewertungen von ICOMOS, dem Internationalen Rat für Denkmäler und historische Stätten, für die Aufnahme Bambergs in die UNESCO-Welterbeliste vollständig und auf Deutsch publiziert. „Alle reden darüber, aber keiner hat es gelesen!“, so Ottmar Strauß mit Seitenblick auf die eine oder andere örtliche Diskussion zu Fragen des Denkmalschutzes. Ein dritter Teil der neuen Veröffentlichung widmet sich dem immer wichtiger werdenden Thema der „Stadtgestaltung“.

Diese drei Themenbereiche decken sich mit der fachlichen Zuständigkeit des Autors: Der 37jährige Wahl-Bamberger Thomas Beese ist im Bamberger Stadtplanungsamt zuständig für Stadtsanierung und Stadtgestaltung und nach wie vor kommissa-

genden Zahl der Landwirte, von denen die wenigsten das Glück haben, Grundstücke in bebaubarer Lage zu besitzen, aber ihrerseits für ihre nachgeborenen Kinder bezahlbares Bauland benötigen.

Während früher viele junge Menschen auf der Suche nach Existenzmöglichkeiten gezwungen waren in die Städte abzuwandern, macht es das Angebot an Arbeitsmöglichkeiten am Ort und in der näheren und weiteren Umgebung, verbunden mit guten Verkehrsverbindungen, jetzt vielen von ihnen möglich in der Heimat zu bleiben, mit allen Vorteilen die die örtliche Gemeinschaft bietet. Voraussetzung hierfür ist bezahlbares Bauland. Dieses zu sozialverträglichen Bedingungen zu beschaffen und somit jungen Bürgern Heimat zu ermöglichen, sieht der Gemeinderat bis heute als seine vordringliche Aufgabe. Inzwischen siedelt teilweise schon die zweite Generation in den gemeindlichen Baugebieten.

Auf die Sozialstruktur der Gemeinde hatte diese Gemeindeentwicklung mit „Maß und Ziel“ nachhaltige Auswirkungen. Von einer Überalterung der Gemeinden, die heute vielfach beklagt wird, ist Buch am Erlbach weit

rischer Weltkulturerbe-Manager.

Kernanliegen der Broschüre ist - wie schon bei der im vorigen Jahr erschienenen Publikation zur Denkmalpflege - die Vermittlung von Informationen: Wie funktioniert Stadtsanierung? Wer sind die Ansprechpartner im Baureferat? Auf welche Gelder darf ich hoffen? Welche Verpflichtungen bringt die Stadtsanierung mit sich? Das Buch zeigt einmal mehr, welches große Gewicht die Stadt Bamberg auf eine aktive Öffentlichkeitsarbeit in der Bewahrung des Weltkulturerbes legt. Selbst gute Kenner Bambergs werden bei der Fülle des verwendeten Bildmaterials überrascht sein, wie vielfältig sich die Sanierungsgebiete in Bamberg präsentieren.

Dabei decken die elf Sanierungsgebiete in Bamberg nicht einmal zehn Prozent der Fläche des Stadtdenkmals ab. Bürgermeister Lauer: „Wir bräuchten noch viel mehr Geld, um unseren Erhaltungsverpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen. Eine weitere Kürzung der Städtebauförderungsmittel wäre verhängnisvoll für das kulturelle Erbe. Ich gehe davon aus, dass uns die geplante ‚Stiftung Weltkulturerbe Bamberg‘ mittelfristig Entlastung verschaffen wird, doch wird dies nur gelingen, wenn sich der Bund als Unterzeichner der UNESCO-Welterbe-Konvention und der Freistaat in seiner Kulturhoheit ihren Verpflichtungen entsprechend einbringen!“ **DK**

entfernt. Die Geburtenzahlen waren im Durchschnitt der letzten 20 Jahre doppelt so hoch wie die Zahl der Sterbefälle. Anscheinend ist die Möglichkeit zum „Nestbau“ mit die wichtigste Voraussetzung für Nachwuchs. Der Anteil aktiver jüngerer Menschen im Vergleich zu vielen Altersruhesitzern in Siedlungen anderer ländlicher Gemeinden in schöner Lage, wirkt sich auch auf die Gemeindefinanzen positiv aus. Der Kinderreichtum machte es möglich, die Grund- und Hauptschule im Ort zu halten, was für eine 3000-Einwohnergemeinde heute nicht mehr so selbstverständlich ist. Die Zahl der Einwohner hat sich seit Anfang der 70er Jahre verdoppelt. Den größten Anteil am Bevölkerungszuwachs hatte nicht die Zuwanderung, sondern die erfreuliche Kinderzahl.

Die Erfahrung vieler Gemeinden in Bayern, dass das beste Mittel gegen den vielbeklagten Geburtenrückgang und die Überalterung der Gemeinden eine soziale Siedlungspolitik ist, die junge Familien nicht in dem Maße belastet, dass sie sich Kinder nicht mehr leisten können, bestätigt sich auch am Beispiel der Gemeinde Buch am Erlbach.

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und Bayerischer Bauindustrieverband:

Plädoyer für BDI/VCI-Modell

Zuschlagsmodell zur Einkommensteuer: Stabil, bürgernah, gerecht

Die nachhaltige Verbesserung der steuerpolitischen Rahmenbedingungen hierzulande ist ein zentrales Anliegen der Arbeit von vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft) und BBIV (Bayerischer Bauindustrieverband). Vor dem Hintergrund, dass die Reform der Kommunalfinanzierung nicht recht vorankommt, spricht sich zwei miteinander unvereinbare Reformvorstellungen unversöhnlich gegenüberstehen, haben sich vbw und BBIV in einem Serienbrief an alle bayerischen Landräte und Bürgermeister, Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag sowie an alle Mitglieder des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag gewandt, um ihre Position darzustellen und somit zu einer Entscheidungsfindung beizutragen.

„Sehr geehrte/r ..., unsere Kommunen brauchen wieder verlässliche Einnahmen. Die kommunalen Spitzenverbände werben deshalb intensiv für ein so genanntes „Reformmodell“ zur Gewerbesteuer. Ein von der Wirtschaft über BDI und VCI vorgelegtes Zuschlagsmodell

zur Einkommensteuer lehnen sie ab.

Falsche Darstellung

Dabei werden wichtige Punkte des BDI/VCI-Modells falsch dargestellt: Behauptet wird, durch das im Zuschlagsmodell

von BDI/VCI eingeführte Hebesatzrecht der Kommunen zur Einkommenssteuer würden die Arbeitnehmer die Entlastung der Wirtschaft bezahlen. Tatsächlich senkt das Zuschlagsmodell von BDI/VCI die Einkommensteuer, bevor der Zuschlag greift. Damit wird für viele Bürger sogar eine Steuerentlastung möglich.

Bedürfnissen wird Rechnung getragen

Behauptet wird, das Zuschlagsmodell von BDI/VCI gebe es kein Instrument zum Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Kommunen in Ost und West. Tatsächlich stößt gerade die Gewerbesteuer hier an ihre Grenzen. Deshalb hält das Zuschlagsmodell von BDI/VCI am kommunalen Anteil am Umsatzsteueraufkommen fest. Das ist die Stellgröße, mit der politisch unerwünschte

Modell einseitig geschönt

Behauptet wird, im Zuschlagsmodell von BDI/VCI gebe es kein Instrument zum Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Kommunen in Ost und West. Tatsächlich stößt gerade die Gewerbesteuer hier an ihre Grenzen. Deshalb hält das Zuschlagsmodell von BDI/VCI am kommunalen Anteil am Umsatzsteueraufkommen fest. Das ist die Stellgröße, mit der politisch unerwünschte

Gemeinde Gräfelfing:

Innovativer Kindergartenbau

Immer knapper werdende öffentliche Kassen zwingen Kommunen und Planer zum Umdenken auch bei öffentlichen Bauvorhaben. Vor allem bei Projekten, die sich aufgrund demographischer Entwicklungen nicht oder nur schwer verschieben lassen: Ein neuer Kindergarten zum Beispiel.

Alternative Konzepte

So passierte es auch der Gemeinde Gräfelfing. Nach den Wahlen im Mai 2002 beschloss man den Bau eines neuen zweigruppigen Kindergartens auf einem bereits vorhandenen Grundstück, der am 6. September 2002 bereits funktionsfähig sein sollte. Ein Zeitplan, der in herkömmlicher Bauweise kaum zu schaffen war. So sah man sich nach alternativen und kostengünstigeren Konzepten um. Die Suche nach einer Bauweise mit extrem kurzen Bauzeiten, mit individuellen Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten und dazu noch mit Kostenvorteilen gegenüber dem konventionellen Bau führte schließlich zur Entscheidung, den Kindergarten in Modulbauweise errichten zu lassen.

Junges Team

Die Firma Strunz & Strunz aus Regensburg erfüllte die gesuchten Anforderungen am besten: Ein junges Team, das sich auf die individuelle und maßgeschneiderte Modulbauweise spezialisiert hat und Bauvorhaben in kürzester Zeit komplett durchführt. Von der Planung, Finanzierung bis zur detailgenauen Ausführung werden die Projekte perfekt koordiniert und auch finanziert. Termintreue, höchste Verarbeitungsqualität und garantierte Festpreise stehen dabei im Vordergrund.

Einkommensunterschiede korrigiert werden können. So wie das Zuschlagsmodell von BDI und VCI falscher Kritik ausgesetzt wird, wird das „Revitalisierungsmodell“ der kommunalen Spitzenverbände einseitig geschönt. Gewaltige Nachteile wie die geplante, für den Mittelstand existenzgefährdende Substanzbesteuerung von Unternehmen oder die Intransparenz, die dadurch entsteht, dass der Bürger über seinen Einkommenssteueranteil die Kommune mitfinanziert, ohne sich dessen bewusst zu sein, bleiben unerwähnt.

„Tempo vor Qualität“

Nach dem Motto „Tempo vor Qualität“ wird die Finanznot von Städten und Gemeinden als Druckmittel für ein „Revitalisierungsmodell“ der kommunalen Spitzenverbände eingesetzt, das Unternehmen und Arbeitsplätze gefährdet, Wachstumschancen gerade im Mittelstand massiv beschneidet und in der Entbürokratisierung keinen Schritt weiter kommt. Dieser Weg ist politisch kurzfristig und wirtschaftlich fatal. Durch die Beschädigung der Wirtschaft wird er die Einnahmesituation unserer Städte und Gemeinden weiter verschlechtern... Das Zuschlagsmodell von BDI/VCI zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage ist stabiler, bürgernäher und gerechter. Bitte fragen Sie sich vor weiteren Festlegungen, welches auch in Ihrem Sinn der bessere Weg ist.“

Mit freundlichen Grüßen
Randolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

Beckstein zu geplanter Streichung der Eigenheimzulage:

„Zynismus der Bundesregierung“

„Die von der Bundesregierung geplante Abschaffung der Eigenheimzulage ist Gift für den Wohnungsbau, bedroht Bau- und Handwerksbetriebe und bedeutet, dass künftig viele Familien den Wunsch nach den eigenen vier Wänden nicht mehr verwirklichen können. Dass der parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium Großmann jetzt auch noch argumentiert, die Bauwirtschaft könne sich „freuen“, weil damit zu rechnen sei, dass viele Bürger bis zum Jahresende noch die alte Regelung nutzen werden, ist ein durch nichts zu rechtfertigender Zynismus“, kritisiert Innenminister Dr. Günther Beckstein.

Die Äußerung zeige gleichwohl, dass der Bundesregierung bewusst sei, ein wie bedeutendes wohnungsbaupolitisches Instrument die Eigenheimzulage ist, dem sie gleichwohl den Todesstoß versetzen will. Das bunte Sammelsurium an Programmen, das der Bund an die Stelle der Eigenheimzulage setzen will und dessen Wirkung bisher nicht klar erkennbar ist, lasse demgegenüber mehr Bürokratie bei weniger Geld befürchten. Beckstein kündigt an: „Dieser totale Kahlschlag wird von Bayern im Bundesrat blockiert werden“.

Mit gravierenden Folgen ist zu rechnen

Beckstein befürchtet außerdem, dass mit den vom Bund geplanten neuen Maßnahmen der innerstädtischen Strukturverbesserung künftig auch völlig am Bedarf vorbei geplant wird: „Wenn den jungen Familien nach Wegfall der Eigenheimzulage kein Geld mehr für die teureren Wohnungen in den Städten bleibt, helfen dort auch keine städtebaulichen Begleitmaßnahmen.“ Es kann laut Beckstein auch nicht angehen, dass der Bund die Eigenheimzulage ganz streicht und nur 25 Prozent der frei werdenden Mittel für Wohnungs- und Städtebau einsetzt. Dafür müssten aber die Kommunen einen erheblichen Mitfinanzierungsanteil leisten, wozu sie auf Grund der bekannt schlechten finanziellen Situation nicht in der Lage sind. Das vorgeschlagene Maßnahmenpaket entwickle im übrigen keinesfalls die bisherige Anstoßwirkung der Eigenheimzulage für Privatinvestitionen, so dass weiterhin mit gravierenden Folgen für die Bauwirtschaft, z. B. mit dem von dieser prognostizierten Abbau von 80.000 Arbeitsplätzen zu rechnen ist. Eine Mogelpackung sieht Beckstein darin, dass ein Teil der Aufstockungen bei den Städtebauförderungsprogrammen durch Kürzung bisheriger Programmansätze erfolgen soll.



Formschöne und langlebige Produkte: Hier ein Ausschnitt aus dem Jahreskatalog 2003 der Nusser GmbH & Co. KG.

Nusser-Modelle:

Immer ein echtes Unikat

Wie in jedem Jahr stellt auch Nusser mit seinem Jahreskatalog 2003 wieder neue Modelle für Sitzbänke, Fahrradständer, Abfallbehälter, Gartenmöbel und Lehnhilfen vor.

Bei Nusser versteht man es seit über 60 Jahren, aus besten Hölzern formschöne und langlebige Produkte herzustellen. Mit Sicherheit sind Sie schon einmal auf einer Nusser-Bank gesessen. Nusser's Park- und Gartenbänke schmücken tausende von Städten und Gemeinden.

Im 64. Jahr der Gartenbankfertigung bringt Nusser eine neue Gartenmöbelserie auf den Markt. Die Serie CAPTIVA umfasst einen Tisch, einen Sessel und eine Bank. Mit dieser Serie aus Teak-Holz (neu bei Nusser!) bringt Ihnen Nusser den Flair des Südens in Ihren Garten. Mit hohem Sitzkomfort und exklusivem Design wird CAPTIVA zum besonderen Blickfang jeden Gartens. Alle Möbel sind handgefertigt - ob Bank, Tisch oder Armliegesessel, immer ein echtes Unikat.

Namenspate

Wie im vergangenen Jahr steht in 2003 ein allseits bekannter Vertreter des öffentlichen Lebens für eine Nusser-Bank als Namenspate zur Verfügung. Nach der Bank Lothar (Lothar Späth) in 2001 und der Bank Guido (Guido Buchwald) in 2002 wird in 2003 das Rommel-Bänke (Manfred Rommel) als Sonderaktion zu erwerben sein. Besonders die Sonderaktionen erfreuen sich großer Beliebtheit.

Klares Design

Für die architektonisch und gestalterisch anspruchsvolle Gestaltung von Plätzen und Straßen empfiehlt Nusser seine neue Serie GERA. Einzelhocker und Stehhocker kommen schon heute auf den Markt,

eine Bank soll im Laufe des Jahres noch folgen. Mit dem geschwungenen und klaren Design können Warte- oder Ruhezone in Parks oder an Haltestellen ansprechend gestaltet werden. Auch die neuen Bankmodelle CHEMNITZ, TRIER und DESSAU bestechen durch klares und formschönes Design.

Die im vergangenen Jahr neu präsentierte und mit dem Design-Preis „red dot“ ausgezeichnete Produktreihe der Lehnhilfen (LEHNA und ELEHNA) wird in diesem Jahr erweitert um die Lehnhilfe ARTELEHNA. Nusser setzt dabei die klare Design-Linie fort. Hervorragend geeignet für eine gemeinsame Platzierung mit der Serie GERA.

Hohes Qualitätsbewusstsein

Mit diesen Lehnhilfen gibt man nicht nur eine gute Figur ab, sondern beweist zudem standhaft ein hohes Qualitätsbewusstsein: Die unbehandelten Holzteile aus Kambala sind konisch und somit benutzerfreundlich geformt. Aufgrund der kompletten Kunststoffbeschichtung ist der Rahmen gegen äußere Einflüsse hoch resistent und langlebig. Also: please stand up!

Anfang letzten Jahres wurde Nusser's Homepage von einer renommierten Computer-Zeitung unter die 100 besten Internet-Auftritte des Jahres gewählt. Schauen Sie doch einfach mal rein unter www.gartenbank.de. Fordern Sie den neuen Nusser-Jahreskatalog 2003 an: JWS Nusser GmbH & Co. KG, Postfach 340, 71351 Winnenden, Tel. 07195/693-113, Fax -123 oder per eMail: verkauf@gartenbank.de

Speziell für Fahrzeuge aus dem Mercedes-Benz-Nutzfahrzeug-Programm:

Neue Dienstleistungen

„MobilityGo“ - umfassendes Mobilitätspaket für den Mercedes-Benz-Vaneo und die Transporter der Baureihen Vito und Sprinter

„MobilityGo“ ist eine neue Mobilitätsgarantie für den Mercedes-Benz Vaneo und die Transporter der Mercedes-Benz Baureihen Vito und Sprinter. „MobilityGo“ umfasst zahlreiche Hilfsleistungen bei einer Panne oder bei einem Werkstattaufenthalt im Garantiefall. So werden dem Fahrer Kosten für Taxi oder andere Verkehrsmittel bis zu einer Höhe von 65 Euro ersetzt. Hinzu kommt ein Abhol- und Bringservice für das betroffene Fahrzeug im Umkreis von 40 km zum nächsten Mercedes-Benz-Servicestützpunkt. Der Kunde kann auf Wunsch auch, sofern verfügbar, einen Ersatzwagen für die Dauer der Reparatur bis zu einer Dauer von maximal fünf Tagen erhalten.

Diese Leistungen gelten bei technischen Pannen und Startproblemen sowie beim Besuch eines Mercedes-Benz-Servicestützpunkts wegen einer Gewährleistungs-Reparatur mit einer Dauer von mehr als zwei Arbeitsstunden. Darüber hinaus hat der Fahrer eines Mercedes-Benz-Transporters bei technischen Pannen und Startproblemen Anspruch auf Pannen- und Starthilfe sowie auf das Abschleppen zum nächsten Mercedes-Benz-Servicestützpunkt. Zu Beginn dieses Jahres vorgestellt, bietet Mercedes-Benz nun mit „MobilityGo“ auch im Transportersegment eine Mobilitätsgarantie mit einem umfassenden und einzigartigen Leistungspaket, das in 28 europäischen Ländern über die örtlichen Mercedes-Benz-Niederlassungen und -Servicestützpunkte verfügbar ist.

Lückenloses Serviceheft

Zur Inanspruchnahme der „MobilityGo“-Leistungsumfänge genügt die Vorlage eines lückenlosen Servicehefts. Darüber hinaus muss im „Fall der Fälle“ die Art des Startproblems oder der Panne unbedingt innerhalb von 24 Stunden der Mercedes-Benz Service 24h-Hotline im Customer Assistance Center (CAC) in Maastricht unter der europaweit geltenden Telefonnummer 00800/17777777 oder dem nächstgelegenen Mercedes-Benz-Servicestützpunkt gemeldet werden. Im Falle eines Unfalls, Einbruchs, Diebstahls oder bei selbst verschuldeten Schäden gilt „MobilityGo“ allerdings nicht.

Garantiepaket

Das Garantiepaket von „MobilityGo“ gilt für alle Fahrzeuge der Modellreihen Vaneo, Vito und Sprinter, die ab dem 01.01.2002 erstmalig zugelassen worden sind. „MobilityGo“ gehört bei Neufahrzeugen zur Serienausstattung und gilt für die Dauer von maximal zwei Jahren nach der Erstzulassung. Für Fahrzeuge mit früherer Zu-

lassung ist eine rückwirkende Gültigkeit oder ein nachträglicher Erwerb von „MobilityGo“ nicht möglich.

Kostenloser Check-up

Für die Transporter Mercedes-Benz Vito und Mercedes-Benz Sprinter sowie deren Vorgänger-Baureihen (T1 und MB 100 D) werden ab sofort ohne Voranmeldung in den teilnehmenden Mercedes-Benz-Servicestützpunkten in Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien all die Wartungs- und Reparaturarbeiten durchgeführt, die innerhalb von zwei Stunden realisiert werden können. So können beispielsweise Auspuff- oder Bremsenteile in kürzester Zeit erneuert sowie Stoßdämpfer oder Reifen ausgewechselt werden.

Der Kunde kann auf die Reparatur warten und dabei sogar zusehen. Unnötige Standzeiten bei kleineren Defekten werden somit verhindert. Bei aller Schnelligkeit werden die Arbeiten in Mercedes-Benz-Qualität sorgfältig und präzise ausgeführt. Für die Reparaturen werden ausschließlich Original-Teile von Mercedes-Benz verwendet. Um die Sicherheits-Standards zu garantieren, erhält jedes Fahrzeug zudem einen kostenlosen Check-up.

„ExpressService“

Beim „ExpressService“ für Mercedes-Benz-Transporter überzeugt aber nicht allein die Schnelligkeit, sondern auch der Preis: Für alle Leistungen gibt es Komplettangebote zu Festpreisen. Dadurch ist für den Kunden stets die volle Kostentransparenz gewährleistet.

Der neue „Mercedes-Benz OnRoadService“ ist der direkte Nachfolger des früheren Actros-OnRoad-Service, dessen Dienstleistungen jetzt auch in vollem Umfang für die Lkw der Baureihe Mercedes-Benz Axor gültig sind. Dabei ist es das oberste Ziel, den Actros oder Axor im Falle einer Garantie- oder Kulanzreparatur schnell-

stens wieder auf die Straße zu bringen und so sicherzustellen, dass der Transporteur seine Ladung auch dann abliefern kann, wenn unvorhersehbare Reparaturen anfallen. Dies bedeutet, dass Mercedes-Benz seine Kunden durch eine europaweit einzigartige Zusage bei der Erfüllung ihres Transportauftrags unterstützt: Der Mercedes-Benz-Servicestützpunkt setzt alles daran, den Actros oder Axor innerhalb von acht Stunden (in

Deutschland) bzw. 24 Stunden (im europäischen Ausland) fahrbereit repariert zu haben.

Ersatzfahrzeug möglich

Sollte dies einmal nicht gelingen, so wird dem Kunden bis zur Fertigstellung der Reparatur ein Ersatzfahrzeug zur Verfügung gestellt. Sollte kein passendes Ersatzfahrzeug zur Verfügung stehen, so wird eine Ausfallpauschale von 180 Euro pro Tag gezahlt. Diese Zusage gilt für alle werkstattgepflegten Actros (ab Erstzulassung 01.09.2000) und alle Axor, die in Deutschland gekauft und zugelassen sind. Sie gilt für einen Zeitraum von 24 Monaten nach der Erstzulassung des Fahrzeuges.

Original-Teile-Bestellung jetzt via Internet

Über die neue Dienstleistung „Mercedes-Benz e-parts“ können Original-Teile, Original-Tauschteile und Original-Zubehör der Marke Mercedes-Benz bequem von Großkunden auf elektronischem Weg direkt online via Internet bei dem für sie zuständigen Mercedes-Benz-Servicestützpunkt bestellt werden. Dies gilt auch für Omnibus-Teile der Marken Mercedes-Benz und Setra. Das neue Angebot ist ab Herbst 2002 in Deutschland und ab 2003 sukzessive in anderen europäischen Märkten verfügbar, so dass die

Kunden bald in ganz Europa 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche bestellen können.

Ein Mausklick genügt

Mit „Mercedes-Benz e-parts“ geben die Mercedes-Benz-Servicestützpunkte „ihren“ Kunden neben der herkömmlichen Bestellung per Telefon oder Fax die zusätzliche Bestellmöglichkeit via Mausklick. Angesprochen werden mit dem neuen Service in erster Linie gewerbliche Wiederverwender wie beispielsweise Großkunden mit eigener Werkstatt oder freie Werkstätten, da diese Kunden über ein regelmäßiges Bestellvolumen (Anzahl Bestellpositionen, Umsatz) und über die technischen Voraussetzungen zur Nutzung elektronischer Kommunikationsmedien verfügen.

Vereinfachter Prozess

„Mercedes-Benz e-parts“ vereinfacht bei regelmäßigem Bezug von Mercedes-Benz Original-Teilen den Bestellprozess erheblich. Es können sowohl einzelne Teilenummern eingegeben als auch komplette Einkaufslisten, zum Beispiel aus dem „Electronic Parts Catalogue“ (EPC), übernommen werden. Auch werden dem Kunden aktuelle Aktionsangebote mit direkter Bestellmöglichkeit übermittelt. „Mercedes-Benz e-parts“ erlaubt zudem das Speichern und Aufrufen sich oft wiederholender Bestellungen als Bestellvorlagen sowie den Ausdruck der jeweiligen Bestellung. Zudem wird erstmals die direkte Anzeige der Bruttolistenpreise sowie der Nettopreise auf Basis der jeweiligen Rabattvereinbarung mit dem Kunden ermöglicht.

Mercedes-Benz mit aktueller Kollektion „DriversLine“

Ob unterwegs im Actros, im Sprinter oder im Unimog - selbst im Omnibus - für alle, die Nutzfahrzeuge von Mercedes-Benz steuern, gibt es jetzt eine neue Ausstattungs-Kollektion, die so genannte „DriversLine“. Von A wie Aschenbecher bis Z wie Zippo-Feuerzeug umfasst die „DriversLine“ rund 80 verschiedene Produkte. Darunter ist viel Nützliches wie beispielsweise ein Nähset, ein Taschenschirm oder eine Isolierflasche - und Schönes wie Brieftaschen oder Sonnenbrillen. Natürlich ist auch das Angebot an Kleidung breit gefächert und reicht von T-Shirts über Jacken und Pullover bis hin zu Kappen, aber es gibt auch erstmals Accessoires wie



Unimog-Geräteträger von Mercedes-Benz bewähren sich im Ganzjahreseinsatz. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um mit den Vorbereitungen für den Wintereinsatz zu beginnen.

das DriversLine-Beautyset und den DriversLine-Kosmetikspiegel speziell für Fahrerinnen. Erkennungsmerkmal für alle Accessoires der DriversLine ist das Riffblechmuster in Kombination mit dem Mercedes-Benz-Schriftzug.

Multimedia-Paket

Das Multimedia-Paket „Sound 40 Pro“ bietet Radio, CD/MP3-Player, Navigation, Telefon und Zugriff auf Internet-Funktionen in einem. Das völlig neu entwickelte Kommunikationssystem bietet ab sofort zudem einen direkten Zugriff auf ausgewählte personalisierbare und ortsbezogene Mobilitätsdienste des Mercedes-Benz Portals (www.mercedes-benz.t-online.de).

Das um diese Funktion zum Kommunikationssystem erweiterte „Sound 40 Pro“ ist ab sofort im Mercedes-Benz Va-

neo und im Mercedes-Benz Sprinter auf Wunsch erhältlich.

Mobilitätsdienste

Die Mobilitätsdienste, die das „Sound 40 Pro“ bietet, können sowohl von zu Hause aus, im Büro oder unterwegs zur Vorbereitung und Durchführung von Fahrten in Anspruch genommen werden. Je nach Nutzungssituation kann die Routenplanung über drei verschiedene Kanäle erfolgen: Über einen PC mit Internet-Zugang, über das Call Center unter der Telefonnummer 01805 - 78 88 80 oder direkt über das „Sound 40 Pro“ im Fahrzeug. Im Rahmen der Reisevorbereitung können über die im Mercedes-Benz Portal hinterlegte Routenplanungs-Software verschiedene mögliche Routen berechnet und angezeigt werden, wobei Baustellen und die aktuelle Verkehrslage stets berücksichtigt werden.

Mercedes-Benz präsentierte die „Kommunal Live“:

Kommunalfahrzeuge auf dem Hockenheimring

Testfahrten mit verschiedenen Baureihen
Fahrsicherheitsübungen für Pkw, Transporter und Lkw

Berlin/Hockenheim - Am 14. und 15. Mai 2003 präsentierte die DaimlerChrysler Vertriebsorganisation Deutschland (DCVD) gemeinsam mit zahlreichen Aufbauherstellern auf der „Kommunal Live“ die Kommunal- und Flughafenfahrzeuge der Marke Mercedes-Benz. Diese außergewöhnliche Produktshow informierte Entscheider aus Unternehmen und Behörden über das große Spektrum der Mercedes-Benz Nutzfahrzeuge im kommunalen Einsatz.

Neben den rund 100 ausstellten Transportern und Lkw für die verschiedenen Einsatzgebiete wird ein attraktives Rahmenprogramm geboten. So stehen Fahrzeuge unterschiedlicher Baureihen für Testfahrten zur Verfügung und es können Fahrsicherheitsübungen absolviert werden. Zwei Mal am Tag liefern sich zudem ein Race-Truck und das Mercedes-Benz CLK 500

Renn-Taxi ein spannendes Duell auf der Rennstrecke. Darüber hinaus gibt es einen Kart-Kurs und Infostationen zu verschiedenen Themen. Die „Kommunal Live“ ist an beiden Tagen von 10 bis 16 Uhr geöffnet.

Zusätzliche Informationen und Nachrichten von DaimlerChrysler finden Sie im Internet: www.media.daimlerchrysler.com



Die neue LKW-Aufbaukehrmaschine SK 650 von SCHMIDT verspricht stressfreies Arbeiten. ☞

Mit innovativer Technik zu neuer Kehrqualität

Neue LKW-Aufbaukehrmaschine SK 650 von SCHMIDT

Mit der neuen LKW-Aufbaukehrmaschine SK 650 hat SCHMIDT ein Konzept verwirklicht, das nicht nur allen Anforderungen einer leistungsfähigen Straßenreinigung gerecht wird, sondern auch mit logischer Bedientechnologie stressfreies Arbeiten verspricht. Modernste Elektronik wurde angewendet, um kompakte Bedienelemente zu entwickeln, die mit wenig Platzbedarf ergonomisch günstig im Fahrerhaus angeordnet werden können.

Besonderer Wert wurde auf eine einfache und für den Fahrer leicht verständliche Bedienung mit wenig Bedienelementen gelegt. Mehrere Befehle sind in einen automatischen Ablauf zusammengefasst, die Memory-Funktion bringt die eingestellten Parameter, z.B. nach einer Unterbrechung, automatisch zurück.

Die logische Menüführung verlangt nur wenig Aufmerksamkeit für die Kehrmaschinenbedienung, so dass die ganze Konzentration auf Straße und Verkehr gerichtet werden kann. Die Baukonzeption der SK 650 ist in die Bauelemente Rahmen - Behälter - Antrieb - Schmutzaufnahme gegliedert und damit für Fertigung und Praxis deutlich strukturiert.

Harmonisches Design

Die Maschine sollte mit einem frischen Erscheinungsbild im Stadtverkehr auftreten. Nach umfangreichen Studien ist ein sehr harmonisches und gleichzeitig ein dynamisches Design entstanden.

Ein grundsätzliches Baumerkmal ist das quer zur Fahrtrichtung angeordnete Sauggebläse. Ge-

genüber konventioneller Bauweise bringt diese Einbauart eine erhebliche Reduzierung der Baulänge, so dass trotz geringer Außenabmessung ein beachtliches Schmutzbehältervolumen von 7 m³ erreicht wird.

Rahmen

Im Grundrahmen über der Hinterachse ist der Hauptwasertank mit 1.000 Litern angeordnet und ein zweiter Tank mit 300 Litern ist mit der Anordnung zur Fahrerhausrückwand gleichzeitig ein Schallschutz. Ein zusätzlicher Einbau eines Wassertanks ist zwischen Fahrerhaus und Kehrmaschine, je nach Fahrzeugtyp, möglich. Sehr gut zugänglich und gleichzeitig spritzwassergeschützt sind Hydrauliksteuerung und Elektronik in seitlichen Aggregaterräumen angeordnet.

Behälter

Über die gesamte Behälterbreite ist ein großes Laubsieb mit ausgezeichnetem Luftdurchsatz vorhanden. Eine seitliche Grobschmutzklappe dient zusätzlich

zur Sichtkontrolle des Füllstandes. Der große Kippwinkel des Schmutzbehälters von 60 Grad in Verbindung mit dem Edelstahlboden sorgt für eine vollständige Entleerung.

Antrieb

Die komplette Antriebseinheit, bestehend aus Dieselmotor, Hydraulik- und Wasserpumpen, Öl- und Wasserkühler sowie Hydrauliköltank, ist geschützt im Motorraum des Grundrahmens untergebracht. Durch Anheben des Schmutzbehälters ist der Motorraum sofort frei zugänglich (ein besonderer Vorteil bei der Wartung).

Schmutzaufnahme

Der Rinnsteintellerbesen führt den Schmutz dem Saugmund zu. Mit großer Saugleistung (regulierbar) wird das Kehrgut zuverlässig in den Schmutzbehälter gefördert. Die Luftführung ist dabei wahlweise nach oben oder nach hinten umstellbar. Direkt hinter dem Saugschacht ist eine Kehrwalze (Serie) angeordnet, die den eventuellen Restschmutz nachreinigt. Die Walze ist einfach mechanisch einstellbar, damit kann der Verschleiß erheblich reduziert werden. Mit der Zuführwalze unter dem Fahrzeug wird dann eine Kehrbreite von 2,30 Metern erreicht.

Dank dieser intensiven mechanischen Kehrleistung kann eine höhere Kehrgeschwindigkeit gefahren werden. Kurven werden durch den großen seitlichen Überstand der Kehrheit sauber ausgekehrt. Bei Bedarf kann die ganze Kehrheit sogar noch zusätzlich ausgeschoben werden.

Sinnvolles Zubehör

Die Grobschmutz-Klappe am Saugmund wird vertikal geöffnet; das vermeidet ein Wegschleudern des Kehrgutes. Die Kehrgutaufnahme kann als Dual-System ausgeführt werden, damit ist Rechts- oder Linksarbeit möglich.

Sinnvolles Zubehör erweitert das Einsatzspektrum der SK 650, damit wird nicht nur größere Sauberkeit erreicht, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Kehrmaschine gesteigert.

Mögliches Zubehör sind:
 ☞ Saugausleger auf dem Dach: Er reicht über das Fahrerhaus nach vorne sowie seitlich bequem über parkende Autos hinweg.
 ☞ Handsaugschlauch an der Behälterrückwand
 ☞ Fronttellerbesen
 ☞ Schmutzkratzer
 ☞ Rückraumüberwachung
 ☞ Sprühbalken im Frontanbau. ☞

Herbe Niederlage für Landeshauptstadt:

Rechtswidrige Münchner Gartenstadtsatzung

Eine herbe Niederlage musste die Landeshauptstadt München vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) einstecken. Wie der zweite Senat des VGH entschied, sind wesentliche Bestimmungen der Münchner Gartenstadtsatzung, ein Kernstück der Münchner Stadtplanung, rechtswidrig.

Zu Unrecht, so die höchsten bayerischen Verwaltungsrichter, habe die Stadt ihre Satzung auf die Bayerische Bauordnung gestützt. Die Bauordnung räume den Kommunen zwar die Befugnis zur Gestaltung ihres Ortsbildes ein. Darum sei es der Stadt in der angegriffenen Satzung aber nicht vorrangig gegangen. Es sei vielmehr ihre klare Absicht gewesen, eine in bestimmten Stadtteilen vorhandene Siedlungsstruktur mit aufgelockerter Bebauung zu erhalten.

auch er die Gartenstädte für schützenswert hält; doch müssten zur Sicherung dieses Ziels die vom Baugesetzgeber vorgesehenen juristischen Wege eingeschlagen werden. Dies gelte selbstverständlich auch dann, wenn diese Wege durch die vorgesehene Bürgerbeteiligung und eventuell zu leistende Entschädigungszahlungen weniger bequem erscheinen.

Offen ist derzeit noch, wie die Landeshauptstadt letztlich auf die

VGH-Entscheidung reagieren wird. Man werde, so das Planungsreferat, zunächst die schriftliche Fassung des Urteils abwarten. Dann erst könne man entscheiden, ob die Stadt gegen die Nichtzulassung der Revision vorgehen oder die Satzung entsprechend den Vorgaben des Gerichts ändern werde. Wie auch immer sich die Stadt entscheidet - die durch die rechtswidrige Norm in ihren Planungen betroffenen Grundstückseigentümer dürfen sich freuen. Die Stadt wird ab sofort die vom Gericht als rechtswidrig bezeichnete Bestimmung der Gartenstadtsatzung (§ 4) nicht mehr anwenden. DK

Festsetzungskatalog

Dieses Ziel dürfe die Stadt aber nicht mit ortsrechtlichen Gestaltungsvorschriften durchsetzen; eine solche, nach ihrer wahren Natur bodenrechtliche Regelung, könne nur im Rahmen eines Bebauungsplans getroffen werden. Das Gericht wörtlich: „Eine bodenrechtliche Ortsbildgestaltung kann nicht auf der Grundlage einer ortsrechtlichen Gestaltungssatzung erfolgen. Vielmehr steht der Gemeinde hierfür im Rahmen der Bauleitplanung der im Baugesetzbuch umschriebene Festsetzungskatalog zur Verfügung.“

Erfreut über dieses Urteil zeigten sich nicht nur die Kläger, eine Münchner Familie, die sich durch die jetzt für rechtswidrig erklärte Norm gehindert sah, ihr Haus familiengerecht umzubauen, sowie deren Anwalt. Freuen durfte sich auch CSU-Stadtrat Thomas Schmatz. Er hatte bei der Beschlussfassung im Jahr 2000 als einziger im Münchner Stadtrat gegen die Satzung gestimmt und dabei auf nicht überzeugend ausgearäumte juristische Bedenken hingewiesen. Schmatz ließ keinen Zweifel aufkommen, dass

Paulaner Brunnenpreis 2003

München (wefa) - Die Sanierung oder der Neubau eines Brunnens bleibt in den Gemeinden und Städten vielfach ein Wunsch, denn die kommunalen Finanzen werden knapper und die Gelder müssen für die dringendsten Aufgaben ausgegeben werden. Die Münchner Paulaner Brauerei will den Kommunen jetzt unter die Arme greifen. Sie hat den „Paulaner Brunnenpreis 2003“ ausgeteilt. „Seit Jahrhunderten prägen Brunnen den Charakter eines typisch bayerischen Dorf- und Stadtbilds“, stellt Prof. Wolfgang Salewski, Vorsitzender der Paulaner-Geschäftsführung, fest. Weil aber in Zeiten leerer Kassen viele Gemeinden die Sanierung des örtlichen Brunnens oder einen Neubau nicht aus eigenen Kräften realisieren können, springt das Brauereiunternehmen ein. Es hat den mit 50.000 Euro dotierten „Paulaner Brunnenpreis“ gestiftet. In der Wettbewerbsbegründung heißt es: „Für das traditionsreiche Münchner Unternehmen stellt frisches, reines Brunnenwasser eine elementare Voraussetzung zur Herstellung seiner Qualitätsbiere dar.“

Bis 18. August können Vorschläge eingereicht werden (Paulaner Brauerei GmbH, Hochstraße 77, 81541 München). Bis Oktober wird dann die Jury (ihr gehört u.a. Olympiasieger Markus Wasmeier an) die preiswürdigen Objekte aussuchen. Kriterien sind die generelle Originalität wie die Bedeutung des Brunnens für den Ort. ☞

„Weltraumlegos“ und „Streng geheim“ gefeiert

Vergabe des Schwäbischen Literaturpreises in Augsburg und auf Schloss Edelstetten

Augsburg/Edelstetten (jdt). Nicht weniger als 531 Einsendungen aus dem deutschen Sprachraum, aber auch aus Warschau und Spanien, gab es bei der zweiten Ausschreibung des „Bayerisch-Schwäbischen Literaturpreises“. Vom Bezirk Schwaben und dem Archiv für Literatur aus Schwaben konnte diesmal für unveröffentlichte Erzählungen oder Romankapitel außerdem noch der erstmals vergebene „Walter-Fick-Preis“, für den zweitplatzierten Autor, zur Verfügung gestellt werden.

Über den mit 2500 Euro dotierten „Bayerisch-Schwäbischen Literaturpreis“ konnte sich nach Publikumsentscheid im Rokoko-Festsaal der Regierung von Schwaben in Augsburg der Studienreferendar Roland Scheerer aus Pfaffenhofen freuen. Er schnitt bei den Lesungen der zur Entscheidung eingeladenen Wettbewerber mit der Erzählung „Weltraumlegos“ am besten ab.

haben. Er erhielt aus den Händen der Witwe des Arztes und Autors Walter Fick, Katzenhausen, Reinhild Fick, den „Walter-Fick-Preis“ (1000 Euro). Den Hauptpreis übergab, in Vertretung der Arthur-Maximilian-Miller-Stiftung, die als Sponsor zur Verfügung steht, Bezirksstadtspräsident Dr. Georg Sinnacher.

Starkes Echo

Der Abendveranstaltung im Rahmen der „Nacht der Wissenschaft“ der Universität Augsburg in der Fuggerstadt gingen am Vormittag und Nachmittag des gleichen Ta-

ges im schwäbischen Literaturschloss Edelstetten der Fürstenfamilie Esterhazy das Offene Seminar „Literaturkritik“ und die Preisverleihung im Wettbewerb „Schüler schreiben Geschichten“ voran. Die Beiträge hatten als Thema „Einblicke in meine Welt, Lebenswelt und Traumwelt“. Unter Leitung von Professor Hans Wellmann waren nicht weniger als 267 Arbeiten zu überprüfen. In den drei Altersgruppen gab es jeweils zwei Preise. Als Vorsitzender der Arthur-Maximilian-Miller-Stiftung äußerte Bezirksstadtspräsident Sinnacher seine große Freude über das starke Echo und gratulierte den Preisträgern.

Preisträger

Den ersten Preis in der Gruppe C (10 bis 12 Jahre) gewann Tanja Schenzinger, Fischach, vom Hingehaus-Gymnasium Ursberg mit dem Titel „Streng geheim - ein Blick in mein Zimmer“. Zweiter Preisträger wurde hier Daniel Diefenthaler, Haunstetten, vom Gymnasium Königsbrunn („Ein Sommer mit meinem Meerschweinchen“). Für den Sieg in der Gruppe B (13 bis 17 Jahre) wurde Christina Häußler, Bad Grönenbach, vom Gymnasium Michlbach für ihre „Geburt der Liebe“ für den Beitrag „Sent from heaven“ vorlas, bekam den zweiten Preis. Sie besucht das Carl-von-Linde-Gymnasium Kempten. Mit „Aus dem Leben eines Taugenichts oder Stante Pede“ beeindruckte Tobias Krüger, Bobingen (Schüler des Leonhard-Wagner-Gymnasiums Schwabmünchen), am stärksten in der Altersgruppe A (ab 18 Jahre). Den zweiten Preis vergab die Jury an Tobias von zur Gathen, Stuttgart, vom Solitude-Gymnasium Stuttgart für „Pretty vacant“.

(www.naturpark-altmuehlal.de) belegte beim Wettbewerb „de.stination 2002“ den zweiten Platz und zählt somit zu den besten unter den touristischen Anbietern in Deutschland. 2002 suchten 121.009 User über das Internet Informationen über den Naturpark.

Wirtschaftspartner gesucht

Christoph Würflein sieht noch mehr Möglichkeiten, aber: „Bei den Internet-Vakanzaukünften machen noch zu wenige Vermieter mit.“ Derzeit sind es 212 von 605 im Gastgeberverzeichnis aufgeführten Betrieben. Die sechs Vollzeit- und vier Teilzeitkräfte im Informationszentrum Naturpark Altmühltal werden im nächsten Jahr wieder auf sechs Touristikmessen im In- und Ausland vertreten sein (Leipzig, Köln, Stuttgart, Hamburg, München, Nürnberg und erstmals in Mainz).

Wie Gebietsausschuss-Vorsitzender Franz X. Uhl (Bürgermeister von Beilngries) und Geschäftsführer Christoph Würflein mitteilten, hatte das Eventmarketing (zehn Jahre Main-Donau-Kanal) im vergangenen Jahr mit 32 Einzelveranstaltungen ein unerwartet starkes Presseecho. Im nächsten Jahr soll der Eventcharakter verstärkt werden, und zwar mit dem Thema 25 Jahre Altmühlradweg. Dazu werden noch Partner aus der Wirtschaft gesucht.



Im „Literaturschloss“ Edelstetten, Kreis Günzburg, überreichte Bezirksstadtspräsident Dr. Georg Sinnacher die Preise im schwäbischen Literaturwettbewerb für Schüler. Gemeinsam freuten sich über das gute Echo, die Urkunden und finanziellen Anerkennungen (zwischen 50 und 200 Euro): Tanja Schenzinger, Tobias Krüger, Daniel Diefenthaler, Dr. Sinnacher, Christina Häußler, dahinter stehend Professor Dr. Hans Wellmann, Katharina Glockner (v. l.). Der sechste Preisträger war verhindert. Bild: -jdt-

Bundeswehrstandort Hemau wird geschlossen

Schulterschluss war auch eine Herzensangelegenheit

Hemau. Am 27. Juni wurde im oberpfälzischen Hemau mit einer feierlichen Übergabe und einem Auflösungsappell die letzte Phase in der 37-jährigen Geschichte der General von Steuben Kaserne eingeleitet. Im Februar 2001 hatte das Bundesverteidigungsministerium beschlossen, den Bundeswehrstandort Hemau zu schließen. Trotz vieler Demonstrationen und Petitionen blieb es bei dieser Entscheidung, so dass sich nun die Soldaten in bewährtem militärischen Zeremoniell von der Hemauer Bevölkerung verabschiedeten.

Das gute Miteinander von Soldaten und Zivilbevölkerung würdigten alle vier Redner der Veranstaltung. „Hemau war und ist ein Standort, wie man es sich vom Stellenwert der Bundeswehr in einer Garnisonsstadt und im Umfeld nur wünschen kann“, zollte der scheidende Kommandeur Oberstleutnant Joachim Renner den Hemauern Lob und verließ im Auftrag des Bundesverteidigungsministers Bürgermeister Hans Pollinger das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold.

Würdiger Abschied

Dieser sprach von Betroffenheit, Wehmut und Trauer, aber auch von einem großen Bedürfnis, „einer gewachsenen Freundschaft zum Abschied in würdiger Form ‚Auf Wiedersehen‘ zu sagen“. Für das Hemauer Stadtoberhaupt stand der Dank für die nahezu vier Jahrzehnte Standortgemeinde im Vordergrund der Feier. „Ich habe oft erlebt, wie zuverlässig, partnerschaftlich und treu die Stadt und ihre Bevölkerung zur Bundeswehr stand. Es war wie eine große Familie in Hemau, man hat sich gegenseitig geholfen“, charakterisierte Bezirksstadtspräsident Rupert Schmid den Zusammenhalt. Und der Führer des Artillerieregi-

ments 4, Oberstleutnant Hans-Joachim Klotz, meinte zurückblickend: „Hier spürte man, dass dieser Schulterschluss auch eine Herzensangelegenheit war.“

Auflösungsfrist

Bis spätestens zum Jahresende soll in Hemau die Auflösung der Kaserne vollzogen sein. Damit die Stadt Hemau möglichst rasch eine Nachfolgenutzung finden kann, appellierte Bezirksstadtspräsident Rupert Schmid an die Bundesregierung: „Die Stadt Hemau hat es verdient, dass der Grundstückseigentümer sich nobel bezüglich der Anlagen zeigt.“

Markus Bauer

Unterfränkische Kulturtag

Die Vielfalt der Kulturlandschaft um Alzenau gilt es bei den 16. Unterfränkischen Kulturtagen vom 3. bis 12. Oktober zu entdecken, die heuer unter dem Motto „Grenzgänge“ stehen und damit der besonderen Lage der Gastgeberstadt Alzenau Rechnung tragen. Für diese Veranstaltung wurde ein abwechslungsreiches Programm mit Mitwirkenden aus Unterfranken und dem benachbarten Hessen zusammengestellt.



Unser Foto zeigt das letzte Abschiedsreiten der Front in Hemau: Oberstleutnant Hans Joachim Klotz, der Führer des Artillerieregiments 4; Oberstleutnant d.R. Franz Reimer, Kommandeur des Gebirgsbeobachtungspanzerartilleriebataillon 83, Bezirksstadtspräsident Rupert Schmid; Oberstleutnant Joachim Renner, Kommandeur des Raketenartilleriebataillons 42; Bürgermeister Hans Pollinger. Bild: M. Bauer

Kötzing feierte 50-jähriges Stadtjubiläum

Beim Festakt zum 50-jährigen Jubiläum der Kötzinger Stadterhebung bescheinigte Innenminister Dr. Günther Beckstein der oberpfälzischen Stadt, sich seither zu einer Kommune mit zahlreichen überörtlichen Einrichtungen entwickelt zu haben. Durch eine kluge gemeindliche Entwicklungspolitik und die Weichenstellung in Richtung Fremdenverkehr, Gesundheit und Erholung habe Kötzing einen echten Strukturwandel erlebt. Das Bayerische Staatsministerium des Innern habe dem früheren Markt Kötzing am 6. Mai 1953 die Bezeichnung „Stadt“ verliehen.

Kötzing hat laut Beckstein inzwischen einen großen Sprung nach vorne gemacht. Die Stadt hat sich zu einem beachtlichen und modernen Handels- und Dienstleistungszentrum entwickelt. In rund 140 Unternehmen in den Bereichen Dienstleistung, Handel, Handwerk, Gesundheit, Freizeit und produzierendes Gewerbe stehen über 3.200 Arbeitsplätze zur Verfügung. DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

„Schwarze Schafe“

Den zweiten Rang belegte mit dem Text „Schwarze Schafe“ der Zivildienstleistende Finn-Ole Heinrich aus Cux-



Vorsitzender Franz X. Uhl (r.), Geschäftsführer Christoph Würflein und seine Stellvertreterin Heike Baumgärtner mussten 2002 einen Einbruch bei den Übernachtungen im Naturpark Altmühltal hinnehmen. Bild: Falk

Naturpark Altmühltal:

Einbruch bei den Übernachtungen

Gunzenhausen (fa) - Der bundesweite Trend hat auch den Naturpark Altmühltal erfasst. Die Übernachtungen sind um 4,5 Prozent zurück gegangen, wobei es die Häuser mit mehr als neun Betten (nur sie werden in der Landesstatistik geführt) mit minus 6,1 Prozent schlimmer erwischt hat als die privaten Übernachtungen, die leicht gestiegen sind. Allerdings ist die Statistik recht ungenau, weil die Meldungen oft nur auf Schätzungen beruhen, wie Geschäftsführer Christoph Würflein auf der Mitgliederversammlung des Gebietsausschusses beklagte.

Die Mitgliedsorte haben 1,7 Millionen Übernachtungen gemeldet. Die meisten kommen aus Beilngries (282.000), Kinding (187.000), Treuchtlingen (130.000) und Riedenburg (121.000). Die zwölf Campingplätze registrierten im letzten Jahr 317.000 Übernachtungen, das sind 17 Prozent (2002: 18,3 Prozent) der Gesamtübernachtungen im Naturpark. Führend ist hier die Anlage in Kinding (121.000) vor Wemding (52.000) und Kipfenberg (43.000).

Von den sechs Landkreisen hatte Eichstätt mit einem Minus von 4,5 Prozent den stärksten Übernachtungsrückgang zu verzeichnen (620.601), während Neuburg-Schrobenhausen 9,2 Prozent (86.711) und Roth 0,6 Prozent (271.715) noch zulegen konnten. Das Minus der anderen: Kehlheim 2,9 Prozent (856.760), Neumarkt 4,7 Prozent (315.427), Weißenburg-Gunzenhausen 1 Prozent (470.359) und Donau-Ries 0,9 Prozent (244.714). Die meisten Ausländer übernachteten im Kreis Neumarkt (16,4 Prozent) vor Donau-Ries (15,7), Roth (14,7), Eichstätt (8,3), Kehlheim (3,4)

und Weißenburg-Gunzenhausen (2,2). Im Naturpark Altmühltal gibt es in 1328 Betrieben (306 Hotels und Gasthöfe, 214 Privatpensionen, 808 Ferienwohnungen) 15.924 Gästebetten, wobei 66 Prozent in gewerblichen Häusern stehen, 26 Prozent in Ferienwohnungen und acht Prozent in Privatpensionen. Derzeit sind 427 Ferienwohnungen klassifiziert, das entspricht einer Quote von 52 Prozent. Bei den Pensionen sind es nur 15 Prozent und bei den Hotels und Gasthöfen 36 Prozent.

Internet gewinnt an Bedeutung

Statistiker haben ausgerechnet, dass im letzten Jahr der Tourismus 230 Millionen Euro in den Naturpark gebracht hat, wobei man von 7,2 Millionen Tagesausflüglern ausgeht, die zu den Urlaubern noch dazu kommen. Das Internet gewinnt in der Tourismusbranche eine immer stärkere Bedeutung. Schon heute kommt die Hälfte aller Anfragen per E-Mail. Der Internetauftritt des Naturparks

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberbayern:

Die Städte nicht im Stich lassen!

Bei der Bezirksversammlung Oberbayern des Bayerischen Städtetags in Ingolstadt kritisierte der Vorsitzende des Verbandes, Oberbürgermeister Josef Deimer, dass die Bundestagsfraktion von CDU und CSU wie auch die Staatsregierung die Modelle der kommunalen Spitzenverbände zur Modernisierung der Gewerbesteuer ablehnen.

Der Bayerische Städtetag hat ein Modell einer kommunalen Betriebssteuer vorgelegt, mit der die Kommunalfinanzen wieder auf zuverlässige Beine gestellt werden könnten. Diese Steuer sieht im Prinzip die Wertschöpfung vor Ort als Maßstab für die Steuerschuld vor. Um das zu erreichen, soll u.a. die sog. gewerbesteuerliche Organschaft - also das Verrechnen von Gewinnen und Verlusten innerhalb der Konzerne - aufgehoben werden. In die Besteuerungsgrundlagen soll auch ein Teil der Mieten, Pachten, Zinsen und Leasingraten einfließen. Mit diesen Maßnahmen versprechen sich die Städte, dass sich die großen verzweigten Unternehmen nicht mehr wie bisher legal der Steuer entziehen können.

Versperrter Weg

Gegenwärtig können die Konzerne langfristige Kredite von eigenen Konzernfirmen aufnehmen oder Immobilien und Anlagen von konzerneigenen Finanzierungsgesellschaften mieten, um mit diesen Belastungen steuermindernd das Eigenkapital zu ersetzen. Kleinen und mittleren Unternehmen ist dieser Weg in der Regel versperrt. Von ihnen verlangen die Banken immer höhere Eigenkapitalquoten als Sicherheit, um überhaupt Kredite auszureichen. Deimer: „Wenn wir die Gewerbesteuer so lassen wie sie ist, dann zahlen letztlich nur noch Mittelständler diese Steuer, während sich die großen internationalen Unternehmen legal der Gewerbesteuer entziehen können. Deshalb habe ich kein Verständnis für die ablehnende Haltung der Bayer. Staatsregierung“.

Begrüßt wurde von Deimer hingegen die geplante Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Die Kommunen erhoffen sich von dieser Maßnahme eine Entlastung in Milliardenhöhe.

Im Schlussbericht der von der Gemeindefinanzreformkommission eingesetzten Arbeitsgruppe „Arbeitslosenhilfe/So-

Projekt Graffiti München:

Eine „blitzsaubere Sache“

Als „blitzsaubere Sache“ hat Justizminister Dr. Manfred Weiß das „Projekt Graffiti München“ (ProGraM) bezeichnet. ProGraM konfrontiert Graffiti-Sprayer mit ihren Straftaten und gibt ihnen auf, die verursachten Schäden selbst zu beseitigen oder sonstige Reinigungsarbeiten zu verrichten. Dr. Weiß: „Viele Sprayer sind sich nicht bewusst, welche Folgen ihr Handeln hat. Wer erwischt wird - und das ist ein Großteil der Täter - dem drohen neben einer strafrechtlichen Verfolgung häufig noch hohe Schadensersatzforderungen der Geschädigten. So kann die Reinigung einer Fassade oder eines S-Bahn-Waggons leicht 15.000 Euro und mehr kosten. Bis ein Lehrling oder Schüler diesen Betrag abgestottert hat, vergehen Jahre. Genau hier setzt das Projekt an: Einerseits werden die Farbschmiereien beim Geschädigten zügig beseitigt. Andererseits bleiben dem Beschuldigten ein Strafverfahren und hohe Schadensersatzforderungen erspart.“

Zielgruppe des Projektes sind 14- bis 20-jährige Täter, die eine Straftat mit Graffiti-Bezug begangen haben und in München wohnen. Die Mitwirkung des Täters wird regelmäßig im Rahmen der Diversion (Täter-Opfer-Ausgleich) im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren berücksichtigt. Daher entscheidet die Staatsanwaltschaft über eine Teilnahme an dem Projekt und über die Anzahl der abzuleistenden Arbeitsstunden. Eine Vorauswahl

zialhilfe“ wird die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe unter dem Namen „Arbeitslosengeld II“ angekündigt. Heftig umstritten ist aber noch, ob für dieses neue Leistungsrecht künftig die Bundesanstalt für Arbeit oder die Kommunen zuständig sein sollen. „Wir setzen darauf, dass sich der mehrheitliche Vorschlag der Arbeitsgruppe durchsetzt und das Leistungsrecht durch die Arbeitsverwaltung vollzogen wird“, erklärte Deimer.

Unklare Position

Bundeskanzler Schröder hatte in seiner Regierungserklärung vom März angekündigt, dass künftig die Bundesanstalt für Arbeit zuständig sein soll. Unklar ist derzeit aber, welche Position die Mehrheit der Bundesländer einnimmt. Deren Auffassung ist jedoch wichtig, da die Reformgesetze die Zustimmung des Bundesrats benötigen. Im Präsidiumsbeschluss von CDU und CSU vom 4. Mai 2003 wird zwar auch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gefordert. Eine Aussage über die künftige Zuständigkeit fehlt jedoch. Die Bayerische Staatsregierung hält sich noch bedeckt. Baden-Württemberg und Hessen tendieren dazu, den Kommunen die Zuständigkeit für das Arbeitslosengeld II zu übertragen. Die SPD-regierten Bundesländer wollen diese Aufgabe bei der Bundesanstalt für Arbeit ansiedeln.

Die Kommunen haben im Jahr 2001 bundesweit für 860.000 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger rund 6,3 Milliarden Euro Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben. Die bayerischen Sozialhilfeträger, also die kreisfreien Städte und die Landkreise, schätzen, dass sie um 590 bis 750 Millionen Euro entlastet werden, wenn die Arbeitsverwaltung die Zuständigkeit für das Arbeitslosengeld II übernimmt. Dagegen würde eine Zuständigkeit der Kommunen für das Leistungsrecht in Bayern Mehrkosten für die

Sozialhilfeträger zwischen 970 Millionen und 1,13 Milliarden Euro bedeuten. Deimer: „Wir sind gebrannte Kinder, was den Ausgleich für vom Bund übernommene Aufgaben betrifft. Daher können wir uns auf das Risiko einer kommunalen Zuständigkeit keinesfalls einlassen“.

Resolution verabschiedet

In einer Resolution zur Finanzlage der Städte und Gemeinden appelliert die Bezirksversammlung an alle politischen Kräfte, gemeinsam Wege zu suchen, wie die Krise bewältigt werden kann. Die Zeit für Reden und lange Diskussionen ist abgelaufen. Jetzt muss schnell gehandelt werden, um die Kommunen, aber auch das Land vor einem dauerhaften Schaden zu bewahren. Bundestag und Bundesrat dürfen die notwendigen Maßnahmen zur Lösung der kommunalen Finanzkrise nicht gegenseitig blockieren. Das Vorziehen der Steuerreform darf die Kommunen keinesfalls weiter belasten.

Gewerbesteuer reformieren

Der Bund wird aufgefordert, die Gewerbesteuer auf der Grundlage der Modelle der kommunalen Spitzenverbände zum 1.1.2004 zu reformieren und dem vom Bundesrat beschlossenen Sofortprogramm zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen zuzustimmen. Insbesondere geht es darum, die Gewerbesteuer-Umlage sofort auf den Stand vor dem 1.1.2001 zu senken, die Ausgaben für langzeitarbeitslos erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger zu übernehmen, die Kosten der Grundsicherung voll zu ersetzen sowie im Grundgesetz ein striktes Konnexitätsprinzip zu verankern.

Der Freistaat wiederum ist aufgerufen, den Modellen der kommunalen Spitzenverbände zur Reform der Gewerbesteuer zuzustimmen, die kommunalen Schulen zu verstaatlichen, wenn die Kommunen entsprechende Anträge stellen, die Kosten für Ganztagsangebote an Schulen zu übernehmen sowie die medienrechtliche Ausstattung der Schulen maßgeblich mitzufinanzieren. **DK**

denswiedergutmachung durch Erbringung von Arbeitsleistungen bei den jeweiligen Geschädigten. In den übrigen Fällen wird der Schaden durch Geldleistungen in Form von Ratenzahlungen beglichen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben fünf ProGraM-Teilnehmer ein zinsloses Darlehen aus dem Ausgleichsfonds „Graffiti“ bei der BRÜCKE in Anspruch genommen.

Gemeinschaftsprojekt

ProGraM ist ein Gemeinschaftsprojekt folgender Kooperationspartner: Staatsanwaltschaft München I, Polizeipräsidium München, Bundesgrenzschutzamt München, DB Regio AG, RB Südbayern, BRG Bahnreinigung München GmbH, BRÜCKE e.V., Landeshauptstadt München/Stadtjugendamt. In die Konzeptentwicklung eingebunden waren zudem das Justizministerium, das Innenministerium, das Finanzministerium und das Arbeitsministerium. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten steht das Karussell in einem Rathaus.“ Mein Chef, der Bürgermeister, lauschte amüsiert meinem Bericht über die Aktivitäten einer Stadträtin, um an Bürgermeister-Vertretungstermine zu kommen.

Denn jetzt, im Frühsommer, könnte sich der Chef wieder zerreissen vor lauter Sommerfesten, Straßeninitiativen, Jubiläen, Amtseinführungen, Vermisungen und was an Events noch mehr zwischen Ende der Pfingst- und Anfang der Sommerferien reingequetscht wird. Die Vorlagemappe, in der ich die Terminanfragen an den Bürgermeister sammle, ist ein buntes und mitunter beeindruckendes Kaleidoskop der Lebendigkeit unserer Stadt und der Kreativität unserer Leute.

Klar ist, der Bürgermeister kann nicht alle Termine übernehmen (manche mag er auch



Weinproben und zum Bockanstich (das ist jedoch ein Cheftermin!).

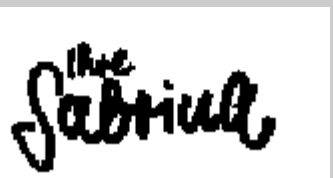
Am delikatesten ist es natürlich mit den eigenen Leuten. Der Bürgermeister hält nämlich vom Vorrang der Älteren nichts und will, dass die besten Termine seiner Kronprinzessin Claudia Elfer gegeben werden sowie an einige weitere junge Leute, die sich profilieren müssen. Unsere „elder statesmen“

der Fraktion, mit denen das offen beredet ist, finden es gut. Vor allem eingedenk der Erfahrungen mit dem Vorgänger vom Bürgermeister, der niemand hat hochkommen lassen - mit der Folge, dass die Kandidatur vom Chef eine Notoperation war und die Wahl mit ziemlicher Mühe gewonnen wurde.

Nicht so einsichtig ist Famy Bacher, die jetzt auf die in die Dekaden gehenden Jahre verweist, die sie mehr auf dem Buckel hat als Claudia und sich deshalb im Anrecht auf die Sahnestückchen wähnt. Letztlich hat sie doch tatsächlich den - allerdings noch weit hochbetagteren - Ehrenvorstand des Musikvereins bezirzt, sie als offizielle Vertreterin der Stadt zu erbitten. Pustekuchen, bei einem 1500-Mann-Verein geht der Chef selbst hin.

Jedenfalls stichelt die Bacher immer über die vielen schönen Termine für die Elfer. Sie beschwert sich beim Fraktionsvorsitzenden, sie schenke mir Pralinen (bei der Hitze!) und mault bei Journalisten über ihre Benachteiligung, nur um an mehr Vertretungen zu kommen. Politiker gleichen in einem halt doch Jahrmarkts-Firanten: Ob die Wahrsager von der Opposition oder die Helldriver von der Regierung, Hauptsache sie haben viel Publikum.

Da fällt mir ein Kalenderblatt für den Bürgermeister in die Hände. Der Satz stammt von Nietzsche: „Man wird selten irren, wenn man extreme Handlungen auf Eitelkeit, mittelmäßige auf Gewöhnung und kleinliche auf Furcht zurückführt.“



Ebermannstadt:

Altbürgermeister Karl Theiler beigesetzt

Ebermannstadt (fpo) - Unter überaus großer Beteiligung wurde Altbürgermeister Karl Theiler auf dem Friedhof in Ebermannstadt zur letzten Ruhe getragen. Der Ehrenbürger der Stadt Ebermannstadt und der französischen Partnerstadt Chantonay verstarb am 29. Juni im Alter von 76 Jahren.

Viele Menschen aus dem Stadtgebiet, dem Landkreis Forchheim und der Fränkischen Schweiz waren herbeigeströmt um dem Verblichenen nochmals Danke zu sagen und die letzte Ehre zu erweisen. Es war auch eine Abordnung aus Frankreich gekommen.

Requiem

Das Requiem zu Ehren des Verstorbenen in der Pfarrkirche St. Nikolaus zelebrierte in Gemeinsamkeit mit Pfarrer Franz Deinlein Stadtpfarrer Hans Hübner. Unter den Gästen war auch der frühere Pfarrer von Ebermannstadt, Josef Ismaier.

Im Altarraum des Gotteshauses waren die Fahnenabordnungen der Vereine postiert.

Aktiver Christ

Pfarrer Hübner würdigte den aktiven gläubigen katholischen Christen Karl Theiler, der die ihm anvertrauten Talente gut gebrauchte und im Dienste der Mitmenschen genutzt habe. Der Priester erinnerte an den besonderen Dienst für die Kirche in Ebermannstadt: 41 Jahre Mitglied der Kapellenstiftung, Führungen in der Marienkapelle, Vorbeten des Kreuzweges alljährlich am Karfreitag auf dem steilen Weg zu den sie-

ben Fußfällen, das jährliche Aufstellen der Krippe in der Pfarrkirche und die aktive Teilnahme am Stephanieritt in Moggast.

Vielseitiger Dienst

Den Dank der Bürgerschaft drückte Bürgermeister Franz Josef Kraus aus. Er erinnerte nicht nur an die großen Verdienste um die Wiesentstadt sondern auch an den vielseitigen Dienst für die Mitmenschen in Vereinen, Verbänden und Organisationen. Für all diese Gemeinschaften machte sich das Stadtoberhaupt zum Sprecher.

Als herausragende Leistungen für die Stadt hob Kraus das Sport- und Schulzentrum und die Hochwasserfreilegung hervor.

Urgestein der Region

Landrat Glauber bezeichnete den Verstorbenen Altbürgermeister als ein Urgestein der Region, der Aufgaben für die Allgemeinheit selbstlos übernommen habe. Worte des Dankes widmete dem verstorbenen Ehren-FSV-Hauptvereinsvorsitzenden Karl Theiler dessen Nachfolger Paul Pöhlmann namens der 6500 Mitglieder des Fränkische-Schweizer-Vereins.

Die Pretzfelder Kerschtnzupfer sangen das alte fränki-

sche Lied: „Das menschliche Leben eilt schnelle dahin...“.

Die Verdienste von Karl Theiler um die deutsch-französische Freundschaft würdigte in der Kirche Senator Michael Crucis, der über 42 Jahre Bürgermeister von Chantonay war.

Altbürgermeister Theiler hatte sich einen Namen als fränkischer Mundartdichter gemacht und auch den fränkischen „Orden“ der „Gewürfelte“ erworben. **Franz Och**

Erlangen:

Ämter der Stadtverwaltung sind kreativ

Insgesamt 146 Vorschläge zur Verbesserung von Arbeitsabläufen oder Einsparmöglichkeiten haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Jahr 2002 offiziell eingereicht, 50 mehr als im Vorjahr. Setzt man die Anzahl der Verbesserungsvorschläge zur Anzahl der Mitarbeiterschaft der jeweiligen Dienststelle ins Verhältnis, so liegt der Personalrat mit einer Quote von 100 Prozent eindeutig an der Spitze: 5 Mitarbeiter/innen hatten hier fünf Vorschläge unterbreitet. Auf den weiteren Plätzen folgten das Bauaufsichtsamt, die Kämmererei, das eGovernment-Center sowie das Personal- und Organisationsamt. **ES**

1000 Jahre Wolfratshausen:

„Hier bin ich Mensch...“

Wolfratshausen feiert sein 1000-jähriges Bestehen. Unter dem Oberbegriff „Meine Stadt...“ finden sich über 100 Veranstaltungen während des Festjahres wieder. Bei einem Festakt mit dem Ehrenbürger der Stadt, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, machte dieser „der alten Dame“ eine kleine Liebeserklärung: „Auch ein Ministerpräsident braucht einen Ort, an dem er sagen kann: ‚Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.‘ Dieser Ort ist für mich Wolfratshausen.“ Edmund Stoiber fungiert im übrigen auch als Schirmherr für die „1000-Jahr-Feier“ - neben seiner Königlichen Hoheit Herzog Franz von Bayern.

Zur Jahreswende bereits wurde der Startschuss für das Jubiläumsjahr gegeben: 10.000 Besucher feierten eine rauschende Silvesternacht in der Wolfratshäuser Innenstadt. Das Historische Zeitfenster zeigte allen Besuchern, welche reiche und spannende Geschichte die Stadt hinter sich hat. Inzwischen wurde ein über 600 Seiten starkes Heimatbuch auf den Weg gebracht und ein „Historienpfad“ durch die Altstadt von Wolfratshausen eröffnet.

Höhepunkt der Feierlichkeit

ten wird die Festwoche vom 12. bis 20. September werden. Sie beginnt mit einem dreitägigen „Historischen Markt“ in der Altstadt von Wolfratshausen.

Über 1000 Mitwirkende

Über 1000 Mitwirkende haben zu dieser Veranstaltung bereits ihre Zusage gegeben. Geplant sind ein Ritterturnier, Marktstände mit Handwerkern und Marktleuten, Szenen aus „1000-Jahre-Wolfratshausen“, ein Badehaus und Gesindedorf,

ein mittelalterliches Ritterlager, Feuerspektakel, Stadtwachen, Musikanten, Gaukler und fahrendes Volk. Seinen Abschluss findet der Markt mit einem Klassik-Open-Air Konzert. Das Philharmonische Orchester Isartal und der Philharmonische Chor Isartal, der sich aus vielen örtlichen Chören zusammensetzt, präsentieren auf dem Wolfratshäuser Marienplatz die „Carmina burana“.

Partnerstädte im Mittelpunkt

Das zweite Wochenende der Festwoche gehört ganz den Partnerstädten, den Wolfratshäuser Vereinen und den Bürgern. Bereits zugesagt haben die französische Partnerstadt Barbezieux und die japanische Schwesterstadt Iruma. Beide werden mit großen Delegationen Wolfratshausen besuchen. Dazu kommen Gäste aus Freundschaftsstädten wie Manzano aus Italien und Brody aus der Ukraine. Die Festwoche soll auch dazu benutzt werden, eine neue Partnerschaft mit einem Schiff der Bundesmarine zu schließen. Den Abschluss der Festwoche bildet am 20. September ein Festzug durch die

Wolfratshäuser Innenstadt mit abschließendem Bürgerfest.

„Wolfratshausen am Zusammenfluss von Loisach und Isar - dieses wunderschöne Fleckchen Erde ist wie gemacht für eine menschliche Siedlung, für den Austausch von Waren und Ideen, für die Verbindung von Heimat und Weltoffenheit“, betonte Stoiber beim mit viel Prominenz „geschmückten“ Festakt. In Wolfratshausen waren die Grafen von Andechs zu Hause, und unter Berthold IV. sei dieses Geschlecht eines der mächtigsten in Deutschland, ja in ganz Europa geworden. Den Grafen von Andechs habe die Welt offen gestanden: Die Besetzungen reichten bis nach Istrien und Burgund, von der Adria bis an die Rhône. Gerne, so Stoiber, habe er seinen Beitrag geleistet, das Wappen von Berthold IV. für den Rathaushof zu finanzieren, das an diese große Zeit erinnert.

Bleibender Stolz auf die eigenen Wurzeln

Zwar gingen Adelsgeschlechter unter, aber der Stolz auf die eigenen Wurzeln und die Heimat bleibe, sagte Stoiber. In Wolfratshausen verwurzelt zu sein, bedeute: „Wir fühlen uns für unsere Heimatstadt und die Menschen in unserer Heimatstadt verantwortlich.“ Anpacken und Helfen mache das Leben wert-

voller als Jammern und Klagen.

Anpacken und helfen hätten die Wolfratshäuser vorgelebt - zum Beispiel im Dreißigjährigen Krieg, oder beim Ausbruch der Pest. Damals waren die Wolfratshäuser nur noch ein Häuflein von ein paar Hundert Überlebenden. Nach dem Zweiten Weltkrieg brachten viele Flüchtlinge, vor allem Sudetendeutsche und Schlesier, ihr Wissen und Können in die agrarisch geprägte Region ein. Einheimische und Flüchtlinge ließen sich nicht unterkriegen. Mit unermüdlichem Aufbauwillen überwandten sie gemeinsam Not und Entbehrungen der Nachkriegszeit. Die Geschichte zeigt laut Stoiber somit, dass Politik ihre Wurzeln in den Kommunen hat - in der Heimatstadt, im persönlichen Umfeld.

Kleine Einheiten erhalten

Gerade weil Politik in der Kommune beginne, müsse die Leistungsfähigkeit der kleinen Einheiten erhalten werden. Auch heute komme es auf den Beitrag jedes Einzelnen an. Das gelte in der Politik wie im privaten Leben. Stoibers Appell: „Ihr Engagement, Ihr unermüdlicher Einsatz, Ihre Begeisterung machen die Lebensqualität unserer Heimatstadt aus. Lassen Sie uns im Kleinen beginnen, Großes zu tun!“

Stadt Bayreuth:

Seit 400 Jahren Regierungssitz

400 Jahre dauert nun schon die Partnerschaft zwischen der Regierung von Oberfranken bzw. deren Vorgängern und der Stadt Bayreuth an. Markgraf Christian, jüngerer Bruder des Kurfürsten von Brandenburg, der mehr als ein halbes Jahrhundert bis zu seinem Tod im Jahre 1655 über das Fürstentum Kulmbach regierte, verlegte seine Residenz und die Zentralbehörden seines Fürstentums bald nach seinem Regierungsantritt im Jahr 1603 nach Bayreuth. Dies hatte für die Stadt, die daraus resultierend Regierungshauptstadt Oberfrankens wurde, weitreichende Konsequenzen bis zum heutigen Tag. Regierungspräsident Hans Angerer: „Zu dem Jubiläum, das die Stadt Bayreuth feierlich begeht, gratuliere ich sehr herzlich. Die Entscheidung des Markgrafen Christian wirkt bis heute im kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Stadt Bayreuth fort. Die Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit der Bayreuther Bürgerinnen und Bürger tragen im Übrigen dazu bei, dass wir gerne in Bayreuth arbeiten. Auch dafür übermittle ich Ihnen meinen herzlichen Dank.“

DK

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 15/16, die am 24. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- ◀ Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- ◀ EDV - Technik und Ausstattung
- ◀ Brand- und Katastrophenschutz
- ◀ Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen